

Herbst 2024
ISSN 3052-5829

IRAN im DISKURS



Iranische Liberale Frauen e.V.



Der Schahyad-Turm, der 1971 zur Feier des 2.500-jährigen Bestehens des iranischen Kaiserreichs erbaut wurde, erhebt sich in majestätischer Anmut über Teheran und würdigt die jahrtausendealte, reiche Geschichte Irans. In seiner Pracht zelebriert er die tiefe kulturelle Substanz und das historische Erbe des Landes – ein Denkmal, das als Symbol der Ehre und Verehrung für Seine Majestät, den Schah von Iran, Mohammad Reza Pahlavi, auch Aryamehr genannt, errichtet wurde. Der Name „Schahyad“ selbst, was „Gedenken an den Schah“ bedeutet, trägt die Würde dieser Ära in sich. Nach der islamischen Revolution von 1979 wurde der Turm in „Azadi-Turm“ umbenannt, doch seine architektonische Bedeutung und sein symbolischer Wert blieben unberührt.

Entworfen vom iranischen Architekten Hossein Amanat, vereint der Turm die Essenzen dreier glorreicher Epochen iranischer Architekturgeschichte – der achämenidischen, sassanidischen und islamischen Zeit – und zeugt so von der Vielfalt und dem Vermächtnis, die Irans Identität prägen.

Die Architektur des Turms greift auf die Majestät der Achämeniden-Dynastie (550–330 v. Chr.) zurück, deren Strukturen wie die Ruinen von Persepolis für ihre Symmetrie und Monumentalität bekannt sind, konzipiert, um Macht und Würde zu reflektieren. Die sassanidische Ära (224–651 n. Chr.), die zur Blüte der iranischen Baukunst führte, brachte durch die Entwicklung von Kuppeln und Iwanen eine neue Ausdrucksform hervor. Der Palast von Ktesiphon, mit dem imposanten Taq-e Kisra, symbolisiert dieses technische Erbe, das auch die Gestalt des Schahyad-Turms prägt und die Fundamente für die iranische Architektur setzte.

Mit dem Einzug des Islams im 7. Jahrhundert fand die iranische Architektur neue religiöse Dimensionen, ohne ihre kulturellen Wurzeln zu verleugnen. Es entstand eine harmonische Synthese: Statt einer gänzlich neuen Stilrichtung formte der Iran eine Weiterentwicklung seiner traditionellen Baukunst, in die sich feinste kalligrafische Ornamente und islamische Werte einfügten. Der Azadi-Turm greift diesen Geist der Harmonie und Schönheit auf und vereint klassische Elemente mit modernem Ausdruck.

Heute steht der Schahyad-Turm, das imposante Tor zu Teheran, als Symbol der kulturellen Tiefe und der kreativen Evolution Irans. Seine erhabene Architektur, die in den Linien und Bögen der Jahrhunderte reflektiert wird, erzählt von der Fähigkeit dieses Landes, ein reiches Erbe lebendig zu halten und dennoch die Zeit mit Anmut zu durchschreiten.

Mut zur Verantwortung in unsicheren Zeiten mit der Islamischen Republik

Vorwort - Elahe Ramandi



„Man kann den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.“ Diese Worte von Aristoteles verkörpern den Grundsatz, dass wir durch kluge Anpassung selbst die mächtigsten Kräfte beeinflussen können – eine Weisheit, die im Umgang mit der Islamischen Republik Iran von unermesslicher Bedeutung ist.

Die Islamische Republik Iran steht heute im Fokus einer weltweiten Besorgnis. Derzeit wird im Iran intensiv über eine Neuausrichtung der nuklearen Doktrin beraten – eine Entwicklung, die nicht nur für die iranische Bevölkerung, sondern auch für die Stabilität der Region und die Sicherheit des Westens eine erhebliche Bedrohung darstellt. Die jüngsten israelischen Angriffe auf iranische Ziele haben die Spannungen zusätzlich verschärft und könnten Teheran motivieren, sein Atomprogramm mit Nachdruck voranzutreiben, um behauptete Sicherheitsbedenken und Machtansprüche abzusichern. Sollte das Regime tatsächlich eine atomare Bewaffnung anstreben, stünde die Sicherheit im Nahen Osten und weltweit vor einer tiefgreifenden Erschütterung. Ein nuklear bewaffneter Iran würde die gesamte Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten infrage stellen und könnte einen Rüstungswettlauf in Gang setzen, der weit über die Region hinausreicht. In dieser Realität befindet sich der Westen in einer Position, die Entscheidungen und Taten fordert, die von klarer Weitsicht und Entschlossenheit geprägt sein müssen.

Das Dilemma, vor dem der Westen steht, ist von globaler Tragweite: Wird er zusehen, bis die Islamische Republik über Atomwaffen verfügt, und erst dann mit umfassenderen Sanktionen reagieren? Oder wird er eine Strategie entwickeln, die präzise und nachhaltig die nuklearen Ambitionen des Regimes unterbindet? Die bisherigen Sanktionen haben zwar Druck ausgeübt, jedoch in ihrer Breite und allgemeinen Ausrichtung auch das iranische Volk hart getroffen. Die entscheidende Herausforderung besteht darin, das Regime dort zu treffen, wo es tatsächlich verwundbar ist, ohne die Zivilbevölkerung weiter zu belasten. Eine zielgerichtete und unverzügliche Sanktionierung der Machtstrukturen des Regimes, ohne Raum für Umgehungsstrategien zu lassen, könnte ein essenzieller Schritt sein. Der Westen muss Lehren aus der Vergangenheit ziehen und Sanktionen schaffen, die so gezielt wie durchsetzbar sind. Angesichts der Tatsache, dass Teheran sich öffentlich zu seiner Fähigkeit zur Sanktionsumgehung bekennt, ist ein neues, wirksames Vorgehen unabdingbar.

Ebenso ist es unverzichtbar, das iranische Volk und die wahre Opposition von außen zu unterstützen. Das Regime hat strategisch Scheinoppositionen gefördert, die eher den Machterhalt als eine wirkliche Veränderung begünstigen sollen. Ein entscheidendes Merkmal authentischer Oppositionsgruppen könnte ihre Haltung zur Ideologie der Islamischen Revolution sein: Gruppen, die daran festhalten, dienen oft den Interessen des Regimes, anstatt die Forderungen und Hoffnungen der iranischen Bevölkerung zu repräsentieren. Demgegenüber spiegeln diejenigen Kräfte, die auf demokratische Reformen, Freiheitsrechte und eine offene Gesellschaft setzen, das tief verwurzelte Bestreben vieler Iraner nach internationalem Austausch und friedlicher Koexistenz wider. Es sind diese wahrhaftigen Kräfte des Wandels, die das Fundament für eine hoffnungsvolle Zukunft des Iran bilden könnten und Unterstützung verdienen.

Die gegenwärtigen Spannungen veranschaulichen die Dringlichkeit, mit der sich die Weltgemeinschaft der Iran-Frage widmen muss. Der Westen steht vor einer historischen Entscheidung: Wird er weiter zusehen, wie das Regime in Teheran ungestört seine nuklearen Ambitionen verfolgt, oder wird er entschlossen handeln, um diese Entwicklung einzudämmen? Es ist der Moment gekommen, eine nachhaltige Strategie zu formulieren, die gezielte Sanktionen mit einer klaren und beständigen Unterstützung des iranischen Volkes und oppositioneller Kräfte verbindet.

E. Ramandi

Inhaltsverzeichnis

Elahe Ramandi

Ein Jahrhundert des Wandels: Die Entwicklung der Frauenbewegung im Iran von religiösen Restriktionen zur politischen Teilhabe, von der vor-konstitutionellen Ära bis heute

8

Mehdi Tadayoni *

Wärmerer Krieg oder kälterer Krieg? Eine kritische Analyse der Eskalation im Nahen Osten

14

Milad Gaikani

Verlorene Chancen und die Auswirkungen der islamistischen Ideologie auf Irans Stellung in der Region

16

Dr. Arvin Khoshnood

Frieden und Stabilität im Nahen Osten durch maximalen Druck auf die Islamische Republik

19

Dr. Saeed Ghasseminejad

Verdeckter Handel und steigende Ölexporte als Irans Strategie unter internationalen Sanktionen

20

Reza Ahmadi

Die Flamme des Widerstands: Ursachen und Folgen der Proteste im Iran

22

Fereydoun Poor Ardeshir *

Die Islamische Republik Iran: Wie sektenhafte Politik und Missmanagement den Fortschritt des Landes verhindern und die regionale Stabilität gefährden

24

Farhad Soleimannejad

Der Nationalismus Mossadeghs und sein Machtspiel mit Auswirkungen auf die konstitutionelle Monarchie im Iran

26

Dr. Nima Ghasemi

Die private Korrespondenz von Sadegh Hedayat: Ein Einblick in die zunehmende Islamisierung der 1940er Jahre

30

Razieh Shahverdi

Frauenmord und Ehrenmord: Das Damoklesschwert über der iranischen Frau

34

Haleh Hosseini Ramandi

Die Grenzen der Meinungsfreiheit: Wie Antisemitismus unter dem Deckmantel der Israelkritik getarnt wird

38

Impressum

»Iran im Diskurs« wird vom Verein Iranische Liberale Frauen e.V. herausgegeben.

ISSN 3052-5829

Chefredakteurin:

Elahe Ramandi

Redaktionsberater:

Dr. Nima Ghasemi

Übersetzerinnen:

Elahe Ramandi

Maryam Atamajori

Haleh Hossein Ramandi

Layout & Gestaltung:

Mohsen Hadavi

Art Direction:

Bozorgmehr Khorsand *

Kontakt:

<https://irandiskurs.de/>

info@irandiskurs.de

In Iran im Diskurs wird eine tiefgehende Auseinandersetzung mit historischen Rückblicken und fundierten Analysen der politischen und wirtschaftlichen Dynamiken des Iran geboten, die umfassende Einflüsse auf den Nahen Osten beleuchten. Im Fokus steht dabei die Betrachtung eines Jahrhunderts iranischer Geschichte – einer Epoche, die oft im Verborgenen liegt und neue, wertvolle Perspektiven auf regionale Entwicklungen eröffnet. Es werden Einblicke sowohl in die außen- und innenpolitischen als auch in die wirtschaftlichen Veränderungen gewährt, wobei auch die aktuelle Menschenrechtssituation, die Bedeutung der Frauenbewegung und die andauernden Freiheitsbestrebungen im Iran thematisiert werden.

** Aus Sicherheitsgründen und aufgrund der Bedrohung durch die Islamische Republik bleiben die Identitäten einiger Experten aus dem Iran anonym.*

Fatemeh Sepehri (*1964) ist eine bedeutende politische Aktivistin und bekannte Stimme in der iranischen Demokratiebewegung. Ihr Ehemann war ein Gefallener des Iran-Irak-Kriegs, und seit vielen Jahren wird sie vom iranischen Regime inhaftiert.

Fatemeh Sepehri ist zweifellos eine der kompromisslosesten und herausragendsten weiblichen Gegnerinnen der Islamischen Republik. Vor Jahren forderte sie in einem offenen Brief, der als „Erklärung der Vierzehn“ bekannt wurde, direkt den Rücktritt von Ali Khamenei und die Errichtung eines rechtsstaatlichen und demokratischen Systems im Iran.

Was sie von anderen politischen Gefangenen unterscheidet, ist nicht nur ihr außergewöhnlicher Mut, die Wahrheit zu sagen und den Druck des Regimes zu widerstehen, sondern auch ihre Fähigkeit, die scheinheiligen Prinzipien und ideologischen Fassade der Regierung infrage zu stellen.

Als muslimische Frau mit Hidschab, die den Koran lehrt, verkörpert Sepehri die Werte, die das Regime für sich beansprucht, jedoch in authentischer und ehrlicher Weise. In ihrer Rolle als freiheitsliebende Iranerin stellt sie die menschenfeindlichen und heuchlerischen Werte der Islamischen

Republik infrage, die sich als religiöses Regime tarnt. Sie zeigt auf, dass die Ansprüche des Regimes nur eine Fassade sind und dem wahren Geist der Religion widersprechen.

Fatemeh Sepehri ist heute eine starke und klare Stimme für Freiheit und Wahrheitsstreben unter den protestierenden Frauen im Iran.

Frau im Fokus







Elahe Ramandi,

geboren in Teheran, begann ihr Studium der Wirtschaftswissenschaften im Iran und schloss später ein Pharmaziestudium in Deutschland ab.

In den vergangenen Jahren hat sie sich intensiv mit der Geschichte und Politik des iranischen Raums auseinandergesetzt.

Sie schreibt über politische und kulturelle Themen, und ihre Artikel wurden in persischsprachigen Publikationen

veröffentlicht. Seit 2023 ist sie Chefredakteurin der Zeitschrift „Iran im Diskurs“.

Ein Jahrhundert des Wandels: Die Entwicklung der Frauenbewegung im Iran von religiösen Restriktionen zur politischen Teilhabe, von der vor-konstitutionellen Ära bis heute

Vor den Konstitutionellen Bewegungen (1905 bis etwa 1911) war der Iran stark von religiösen Vorschriften und Normen geprägt, die Frauen systematisch von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ausschlossen und ihre Rolle auf häusliche und familiäre Pflichten beschränkten (1). Diese Denkweise, die von religiösen Autoritäten verstärkt wurde, zwang Frauen dazu, sich nur im Rahmen der Ehe und Mutterschaft zu definieren. Jede Abweichung von diesen Rollen wurde als Bedrohung der sozialen Ordnung angesehen und stieß auf heftige religiöse und gesellschaftliche Reaktionen. Diese strukturelle Sichtweise führte zu einer Gesellschaft, die Frauen in einem Kreislauf aus Unwissenheit und erzwungener Isolation hielt und sie daran hinderte, eine aktive Rolle bei der Entwicklung und dem Fortschritt des Landes zu spielen.

Die gleichzeitige Schriftrechtsbewegung und der Beginn der konstitutionellen Reformen

Mit dem Aufkommen der konstitutionellen Bewegungen zeigten sich die ersten Anzeichen einer organisierten Frauenbewegung im Iran. Die Schriftrechtsbewegung war eine der frühesten Initiativen, die den Zugang von Frauen zur Bildung förderte (2). Diese Bewegung betonte die zentrale Rolle der Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Entwicklung und hob die Notwendigkeit hervor, Frauen aktiv in den Modernisierungsprozess des Landes einzubeziehen. Erstmals in der Geschichte forderten Frauen umfassende Maßnahmen zur Förderung von Bildung und sozialer Teilhabe.

Persönlichkeiten wie Bibi Khanum Astarabadi und Taj al-Saltaneh spielten eine entscheidende Rolle in dieser Zeit. Sie setzten sich nicht nur für den Zugang von Frauen zu Bildung ein, sondern forderten auch politische Rechte (3). Frauenvereinigungen und Zirkel, die oft im Geheimen arbeiteten, trugen zur Sensibilisierung der Gesellschaft für Frauenrechte bei und leiteten die Gleichberechtigungsbewegung ein. Taj al-Saltaneh schrieb in ihren Memoiren: „Wie kann ein Volk Fortschritte machen, wenn die Hälfte seiner Bevölkerung in Unwissenheit gehalten wird?“ (2). Dieser Satz verdeutlichte die Notwendigkeit der aktiven Beteiligung von Frauen an der Förderung der Moderne und der Modernisierung des Landes. Auch Sediqeh Dowlatabadi, eine der herausragendsten feministischen Aktivistinnen dieser Zeit, gründete 1919 die Zeitschrift „Zaban-e Zanan“ und setzte sich für gleiche Rechte für Frauen ein, insbesondere im Bereich der Bildung. Sie betonte, dass „Frauen die Hälfte der Gesellschaft ausmachen, und ohne sie wird keine Nation Fortschritte machen.“ (4)

Trotz der bedeutenden Schritte, die Frauen in dieser Zeit unternahmen, um ihre Rechte einzufordern, stieß ihre Bewegung auf politische und gesellschaftliche Widerstände. Ohne starke politische Unterstützung oder eine staatliche Macht, die die Forderungen der Frauen verteidigte, führten ihre Bemühungen oft nicht zu greifbaren Ergebnissen. Viele ihrer Forderungen wurden ignoriert oder abgelehnt, und die soziale und rechtliche Stellung der Frauen im Iran änderte sich kaum.

Ein Beispiel ist der 1926 von der „Anjoman-e Nesvan-e Vatan-khah“ an den Nationalrat gerichtete Brief, in dem eine einheitliche Schuluniform für Mädchen gefordert wurde, um sie vor Angriffen zu schützen. Dies zeigt, wie sehr die Bewegung staatliche Einmischung in Frauenfragen als notwendig erachtete, doch solche Unterstützung blieb aus (2).

Die Pahlavi-Ära: Politische und rechtliche Errungenschaften für Frauen

Mit dem Aufstieg von Reza Schah Pahlavi änderten sich die Bedingungen für die Frauenbewegung grundlegend. Reza Schah, ein glühender Verfechter der Modernisierung, erkannte die Bedeutung der aktiven Beteiligung von Frauen an diesem Prozess. Anders als zu Beginn der Konstitutionellen Bewegungen, als Frauen

mühsam um ihre Rechte kämpfen mussten, brachte die Pahlavi-Ära tiefgreifende Veränderungen im Status der Frauen mit sich.

Eine der bedeutendsten Reformen war die Säkularisierung der Gesellschaft, die darauf abzielte, den Einfluss der Religion auf das öffentliche Leben zu verringern. Das 1935 eingeführte Kopftuchverbot war ein symbolischer Schritt zur Verringerung des religiösen Drucks auf Frauen und zur Förderung ihrer Freiheit im öffentlichen Leben. Diese Maßnahme, die von konservativen Kreisen als Angriff auf religiöse Traditionen betrachtet wurde, fand breite Unterstützung bei progressiven und feministischen Gruppen. Frauen wie Parvin E'tesami und Eskandari sahen in der Aufhebung des Schleierzwangs eine Möglichkeit, Frauen aus der sozialen und kulturellen Isolation zu befreien. (1)

Reza Schah demonstrierte durch die öffentliche Präsenz seiner unverschleierten Frau und Töchter, dass der soziale Wandel unumkehrbar sei und die Freiheit der Frauen nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales Ziel sei, um die Gesellschaft grundlegend zu verändern.



Am 7. Januar 1936 besuchte Tadj ol-Molouk Ayromlou, die Ehefrau von Reza Schah, zusammen mit ihren Töchtern Shams und Ashraf ohne Verschleierung das Lehrerbildungsinstitut. Es war das erste Mal, dass die königliche Familie ohne traditionelle Verschleierung an einer öffentlichen Versammlung teilnahm.

Ein weiterer Meilenstein der Pahlavi-Ära war die Einführung des Frauenwahlrechts im Jahr 1963. Dieses Recht ermöglichte es Frauen, sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen und für öffentliche Ämter zu kandidieren. Der Iran war eines der ersten Länder im Nahen Osten, das Frauen dieses Recht gewährte, und unterstrich damit seine fortschrittliche Haltung in Bezug auf die Rechte der Frauen.

Dieses Wahlrecht ebnete den Weg für bedeutende Persönlichkeiten wie Farrokhroo Parsa, die erste weibliche Bildungsministerin des Iran, die eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung des Bildungssystems für Mädchen und junge Frauen spielte (2). Mehrangiz Dowlatshahi, eine der ersten weiblichen Abgeordneten im iranischen Parlament, setzte sich 1967 maßgeblich für die Verabschiedung des Familiengesetzes ein (5). Dieses Gesetz stärkte die Rechte der Frauen in Bezug auf Scheidung und Sorgerecht erheblich und schränkte

die Polygamie drastisch ein. Die Verabschiedung des Gesetzes markierte einen bedeutenden Wendepunkt für die iranischen Frauen und reflektierte ihre fortschreitende Rolle im rechtlichen und sozialen System des Landes (6).

Eine bedeutende Errungenschaft dieser Zeit war die Ernennung von Mahnaz Afkhami zur Beraterin des Ministers für Frauenangelegenheiten. In dieser Rolle setzte sie sich erfolgreich für die Aufhebung des berüchtigten Gesetzes zur Legitimierung von Ehrenmorden ein und bekräftigte damit die fortschrittlichen Bestrebungen zur Förderung der Frauenrechte in der Pahlavi-Ära. Nur in Frankreich existierte zu dieser Zeit eine vergleichbare Position, was die Einzigartigkeit und Bedeutung von Afkhami's Rolle für die iranische Frauenbewegung unterstreicht (7).

Im Gegensatz zu vielen westlichen Ländern, wo die Frauenrechtsbewegung erst in den 1960er und 1970er



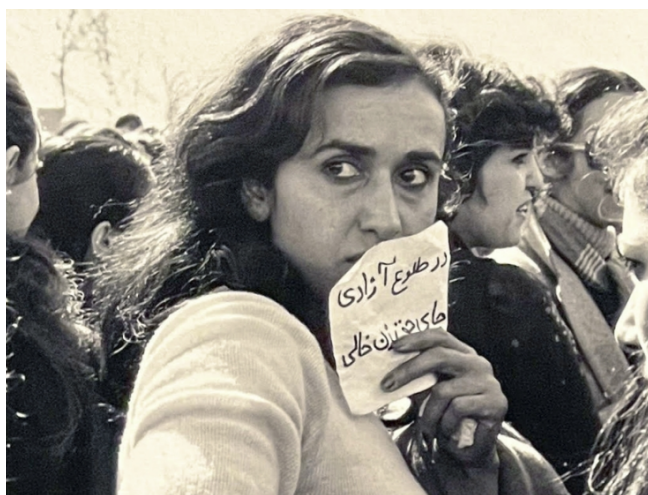
Iranische Frauen gehen 1962 an die Wahlurnen

Im Jahr 1962 konnten Frauen im Iran an dem Referendum zur Weißen Revolution teilnehmen, was einen entscheidenden Moment in der modernen iranischen Geschichte markierte. Kurz vor der Revolution von 1979 gab es landesweit etwa 1.500 Frauen in Führungspositionen, 22 Frauen in der Nationalen Konsultativversammlung, 5 Bürgermeisterinnen, und Frauen besetzten 33 % aller Stellen im Hochschulbereich im Iran.

Jahren an Bedeutung gewann, ergriff der Iran bereits in den 1960er Jahren umfassende Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter. Während dieser Zeit stieg die Zahl weiblicher Studierender an Universitäten um über 300 %, was die aktive Förderung von Bildung und Empowerment für Frauen verdeutlicht (2).

Die Islamische Revolution von 1979: Rückschritt für Frauenrechte

Die Islamische Revolution von 1979 brachte einen dramatischen Rückschritt für die Frauenrechte im Iran mit sich (1). Mit der Errichtung der theokratischen Regierung unter Ayatollah Khomeini wurden viele der unter der Pahlavi-Dynastie erkämpften Freiheiten schnell wieder abgeschafft. Strenge islamische Gesetze, darunter die Einführung der Hidschāb-Pflicht, wurden wieder eingeführt, und Frauen verloren einen Großteil ihrer politischen und sozialen Freiheiten. Das Familiengesetz, das die Rechte der Frauen in Bezug auf Scheidung und Sorgerecht gestärkt hatte, wurde aufgehoben, und das Mindestheiratsalter für Mädchen wurde auf ein alarmierendes Niveau gesenkt (1). Frauen wurden aus vielen öffentlichen Ämtern verdrängt, und ihre Rolle wurde erneut auf das häusliche und traditionelle Umfeld beschränkt.



Zwei Wochen nach dem Sieg der Revolution 1979 beschloss das Büro von Ruhollah Chomeini, dem Führer Irans, das Familiengesetz aufzuheben und das islamische Kopftuch obligatorisch zu machen.

Am Internationalen Frauentag, dem 8. März 1979, fanden Frauen-märsche in Teheran, Iran, statt. Ursprünglich zur Feier des Internationalen Frauentages gedacht, verwandelten sich die Versammlungen schnell in weit verbreitete Proteste gegen die Veränderungen in den Frauenrechten nach der iranischen Revolution, insbesondere gegen die Einführung des obligatorischen Kopftuchs, die am Vortag angekündigt worden war. Diese Proteste dauerten sechs Tage lang, vom 8. bis zum 14. März 1979, und Tausende von Frauen nahmen daran teil.

Trotz dieser tiefgreifenden Rückschritte haben iranische Frauen ihren Kampf um Gleichberechtigung und Freiheit nie aufgegeben (6). Sie nutzten die begrenzten Möglichkeiten in den Bereichen Bildung und Gesundheit, um weiter für Reformen zu kämpfen. Besonders die jüngsten Proteste, wie diejenigen nach dem Tod von Mahsa Amini im Jahr 2022, zeigen, dass der Widerstand der Frauen gegen Unterdrückung lebendig und stark ist.

Die Rückbesinnung auf die Pahlavi-Ära und die damals initiierten Reformen wird von vielen als wegweisendes Modell für positive Veränderungen in der Zukunft betrachtet. Diese historischen Beispiele dienen als inspirierende Motivation, den unermüdlichen Kampf für Gleichberechtigung und Freiheit fortzuführen. Heute sind die iranischen Frauen fest entschlossen, den Weg zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und zur Modernisierung der Gesellschaft konsequent weiterzugehen. Sie sind überzeugt, dass die Realisierung der Frauenrechte und der soziale Fortschritt nicht nur machbar, sondern auch unerlässlich sind.

Quellen:

1. Noushin Ahmadi Khorasani, Hijab und Intellektuelle, Seiten 31–61
2. Encyclopaedia Iranica, Feministische Bewegungen in der Pahlavi-Ära.
3. Bibi Khanom Astarabadi und Afzal Vaziri” Afsaneh Najmabadi USA 1996
4. Sediqeh Dowlatabadi: Briefe, Schriften, Erinnerungen”, Band 1, Mahdokht San’ati und Afsaneh Najmabadi 1998 Chicago
5. Shahrokh Meskoub. Interview with Mrs. Mehrangiz Dowlatsahi. Harvard: Oral History of Iran, 1984
6. .Wilson Center, The Women’s Movement in Iran.
7. Foundation for Iranian Studies”. Bethesda, MD, USA: Foundation for Iranian Studies. Archived from the original on 2012-11-17. Retrieved 2013-03-09



Iran



Die **Nasir-al-Mulk-Moschee** in Shiraz, zwischen 1876 und 1888 während der Kadscharen-Dynastie erbaut, ist heute ein über 130 Jahre altes Meisterwerk iranischer Architektur. Ihre charakteristischen Merkmale – großflächige Iwan-Bögen, kunstvolle Muqarnas-Verzierungen und aufwendige Fliesenarbeiten – verschmelzen zu einem einzigartigen Gesamtkunstwerk. Die farbigen Glasfenster, die den Innenraum schmücken, lassen das Sonnenlicht in einem atemberaubenden Farbspiel erstrahlen. Besonders am Morgen, wenn das goldene Licht auf das intensive Rot der Glasfenster trifft, wird der Raum in ein lebhaftes Rosa getaucht – ein magischer Anblick, der der Moschee den Titel „Rosa Moschee“ verliehen hat. Diese harmonische Verbindung von Licht und Farbe lässt den Gebetsraum in einer unvergleichlichen Atmosphäre erstrahlen, die zugleich beeindruckt und beruhigt – ein Erlebnis, das die Eleganz und Schönheit der persischen Baukunst in ihrer lebendigsten Form verkörpert.



Mehdi Tadayoni,
iranischer Übersetzer
und Faschismusforscher,
der mehrere Werke
von den bedeutenden
deutschsprachigen
Theoretikern — wie z. B.
Hannah Arendt, Ernst
Nolte und Ludwig von
Mises — ins Persische
übersetzt hat.

Wärmerer Krieg oder kälterer Krieg? Eine kritische Analyse der Eskalation im Nahen Osten

Fragestellung: Droht das Scharmützel mit Israel in einen umfassenden Krieg zu eskalieren?

Die jahrzehntelange Konfrontation zwischen der Islamischen Republik Iran und dem Staat Israel hat einen alarmierenden Wendepunkt erreicht – einen Punkt, den beide Akteure mit aller Kraft zu vermeiden suchten. Diese gefährliche Situation ist das Ergebnis eines über Jahre hinweg gewachsenen Konflikts. Mit der Entfaltung iranischer Raketen, die auf israelische Militärstützpunkte gerichtet sind, und den umfassenden israelischen Militäroperationen gegen iranische Verteidigungsstellungen spitzt sich die Feindschaft zu. Diese Auseinandersetzung, deren Wurzeln in den turbulenten Jahren der Revolution von 1979 liegen, hat sich zu einem fest etablierten Konflikt entwickelt, dessen Auswirkungen sowohl regional als auch global weitreichend sind.

Die Beziehungen einiger iranischer revolutionärer Kräfte zu palästinensischen Organisationen reichen viele Jahre in die Zeit vor der islamischen Revolution zurück. Iranische Guerillas erhielten angeblich in palästinensischen Lagern eine Ausbildung, um Unterstützung zu leisten, doch in Wirklichkeit waren es dieselben Kämpfer, die entschlossen darauf hinarbeiteten, eine Islamistisch-Marxistische Revolution im Iran voranzutreiben. Während dieser kritischen Phase agierte Israel, das den Panarabismus als gemeinsamen Feind betrachtete, als stiller Partner und Informant. Der israelische Geheimdienst Mossad lieferte dem iranischen Geheimdienst SAVAK entscheidende Informationen und entblößte ernsthafte separatistische Bewegungen in Khuzestan, die Unterstützung aus dem Irak erhielten. So fungierte der Mossad nicht nur als Beobachter, sondern auch als aktiver Spieler in diesem geopolitischen Schachspiel.

Die über fünf Jahrzehnte andauernde Auseinandersetzung hat nun ihren Höhepunkt in einem offenen Krieg erreicht. Diese Eskalation wirft eine entscheidende Frage auf: Wie lange wird dieser Konflikt andauern? Wird das gegenwärtige Scharmützel weitergeführt oder in eine umfassende Militäraktion umschlagen? Ein Teil der Antwort liegt im Kontext der bevorstehenden US-Wahlen im Jahr 2024. Obwohl der Konflikt nicht neu ist, wurde die jüngste Welle der Aggression durch die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 entfacht. Es ist unbestreitbar, dass Israel seit Jahren auf einen großangelegten Konflikt zwischen Gaza und Teheran vorbereitet ist. Die erste Schlussfolgerung aus dieser Analyse ist klar: Solange der Konflikt anhält, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit intensiverer militärischer Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Iran.

Aktuell beginnen die israelischen Streitkräfte mit Luftangriffen auf Baalbek im nördlichen Libanon, was möglicherweise die Ausweitung des Konflikts zwischen Israel und der Hisbollah auf das gesamte Land zur Folge haben könnte. Der Umfang und die Dauer dieser militärischen Auseinandersetzungen sind jedoch vollkommen ungewiss. Israels erklärtes Ziel ist es, die Hisbollah zu schwächen und sie zur Niederlegung der Waffen zu zwingen – eine Forderung, die auf erheblichen Widerstand stoßen dürfte. Daher könnte der Konflikt über das mögliche Ende der Kämpfe in Gaza hinaus im Libanon fort dauern.

Die Regierung unter Benjamin Netanjahu sieht sich in Bezug auf eine mögliche Eskalation mit keinerlei internen politischen Herausforderungen konfrontiert. Im Gegenteil, einige politische Akteure außerhalb der Regierung kritisieren, dass Netanjahu die iranischen Ölraffinerien nicht angegriffen hat, um nicht an Ansehen zu verlieren – was seine Popularität zusätzlich steigert. Diese Haltungen reflektieren die breite Zustimmung innerhalb der israelischen Gesellschaft für einen direkten Krieg mit dem Iran.

Netanjahu hat die Spannungen mit dem Iran bis an den Rand des Krieges geschürt und beobachtet nun die Ergebnisse der US-Wahlen, um seine nächsten Schritte zu planen. Sollte die Demokratische Partei unter Kamala Harris im Weißen Haus bleiben, könnten sich allmählich Verhandlungsmöglichkeiten zwischen dem Iran und den USA eröffnen, was eine Lockerung der wirtschaftlichen Sanktionen zur Folge hätte und dem Land eine dringend

benötigte Atempause verschaffen würde.

Gewinnt jedoch Donald Trump die Wahlen, wird deutlich, wie sich die amerikanische Nahost-Politik gestalten wird: verstärkter Druck auf die Islamische Republik, umfassende Unterstützung für Saudi-Arabien und großzügige Hilfe für Israel. Ein Wahlsieg von Harris könnte hingegen das Spannungsniveau mit dem Iran weiter erhöhen, während Israel versuchen könnte, die USA in einen Konflikt mit dem Iran hineinzuziehen. Auch die Europäer haben dem Iran aufgrund des Ukraine-Kriegs kaum noch Sympathien entgegenzubringen. Solange sich keine politische Wende vollzieht, bleibt das Spannungsniveau hoch und der Iran steht weiterhin unter immensem Druck.

Sollte Trump gewinnen, kann Israel sich sicherer sein, wie Washington auf Teheran reagieren wird, und hätte weniger Anreiz, selbst aktiv Öl ins Feuer zu gießen. Trumps isolationistische Politik lässt darauf schließen, dass er direkte militärische Verwicklungen vermeiden möchte. In diesem Szenario könnte eine Übereinkunft zwischen Israel und Trump entstehen, die Sanktionen und Druck auf den Iran maximal erhöht. Im Gegenzug würde Israel den letzten Schritt zur Eskalation – eine direkte Konfrontation mit dem Iran – zurückstellen und den Druck allein den USA überlassen.

Die Antwort auf die heutige Frage lautet somit: Eine Verschärfung der Spannungen im Falle eines Sieges von Harris und eine Stabilisierung oder gar Reduzierung der Spannungen bei einem Sieg von Trump. Letztlich sind keine dieser Perspektiven vielversprechend für die innenpolitische Lage im Iran. Die wirtschaftliche Krise im Iran lässt sich ohne eine Lösung der außenpolitischen Probleme kaum entschärfen. Wenn selbst China und Russland den Angriff Israels auf den Iran nicht ausdrücklich verurteilen, ist die diplomatische Gewichtung klar. Ein Dialog mit der Trump-Regierung erscheint angesichts von Trumps eigener Haltung nahezu unmöglich, während Gespräche mit einer Harris-Regierung aufgrund des israelischen Einflusses als unwahrscheinlich gelten müssen. Die beiden bestehenden Optionen sind daher entweder eine Eskalation des heißen Krieges oder eine Verschärfung des kalten Krieges – und beide Szenarien belasten die ohnehin angeschlagene Wirtschaft des Iran weiter.



Milad Gaikani

(geb. 1996 in Teheran) hat einen Masterabschluss in **Internationaler Geschichte und Politik** vom **Geneva Graduate Institute**.

Sein Bachelorstudium absolvierte er im Fach **Theater**, seinen ersten Master in **Philosophie**.

Zuvor veröffentlichte er Beiträge über **Revolution und Faschismus** in iranischen Publikationen und brachte mehrere **Theaterarbeiten** auf die Bühne.

Verlorene Chancen und die Auswirkungen der islamistischen Ideologie auf Irans Stellung in der Region

Die Ermordung von Hassan Nasrallah, dem Generalsekretär der Hisbollah, am 27. September 2024, und der darauffolgende Raketenangriff der Islamischen Republik Iran auf Israel am 1. Oktober haben die ohnehin schon angespannte Lage im Nahen Osten auf ein noch nie dagewesenes Niveau eskalieren lassen. Mit der Ausweitung der Kämpfe nach Libanon, dem vollständigen Kriegseintritt der Hisbollah und der drohenden Vergeltung Israels an den iranischen Grenzen verblasst die Hoffnung der internationalen Gemeinschaft auf einen Waffenstillstand immer mehr. Das Verständnis dieser Krise bedarf einer analytischen Herangehensweise, die sowohl realistische als auch konstruktivistische Ansätze miteinander verknüpft. Die übermäßige Betonung der ideologischen Dimension dieses Konflikts, wie sie in vielen Medien gängig ist, führt zu einem verfälschten und unvollständigen Bild der tatsächlichen Dynamiken.

Pragmatismus in den Beziehungen zwischen Iran und Israel vor der Revolution

Seit der Gründung Israels waren die Beziehungen zwischen dem Iran und dem jüdischen Staat weniger durch Ideologie als durch gemeinsame nationale Interessen geprägt. Schon vor der iranischen Revolution 1979 verfolgten die Aristokraten des iranischen Staates einen pragmatischen Kurs gegenüber Israel. In einer Region, die überwiegend unterentwickelt war, stellte Israel einen modernen, effizienten Verbündeten dar, der durch seine mächtige Lobby in den USA besondere Beziehungen zwischen Iran und Amerika fördern konnte. Ebenso wichtig war die Möglichkeit, durch diese Zusammenarbeit ein Gegengewicht gegen die vorwiegend arabischen Staaten zu schaffen, die territoriale Ansprüche gegen den Iran hegten. Diese pragmatische Sichtweise führte dazu, dass die iranische Elite Israel anerkannte, auch wenn sich beide Seiten der zeitlich begrenzten Natur dieser Zusammenarbeit bewusst waren. In den 1970er Jahren empfand Seine Majestät, der Schah von Iran, Mohammad Reza Pahlavi, auch Aryamehr genannt, die Unnachgiebigkeit Israels

gegenüber gemäßigten arabischen Führern wie Anwar Sadat, der eine diplomatische Lösung anstrebte, als hinderlich für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Israel seinerseits weigerte sich, weiterhin für iranische Interessen zu lobbyieren, und startete sogar eine Propagandakampagne gegen den Iran. Trotz dieser Spannungen blieben die Beziehungen zwischen beiden Ländern weitgehend freundschaftlich, und eine breite Zusammenarbeit auf den Gebieten Handel, Industrie, Politik und Geheimdienstwesen florierte.

Ideologie und geheime Kooperationen nach der Revolution

Mit der islamischen Revolution 1979 erwartete man einen scharfen Bruch in den Beziehungen zu Israel. Viele einflussreiche Geistliche im Iran hatten sich seit der Gründung des Staates Israel gegen diesen gestellt und die damaligen Staatsmänner vor Schwierigkeiten gestellt, eine auf nationalen Interessen beruhende Beziehung zu Israel aufzubauen und es anzuerkennen. Doch was tatsächlich geschah, war eine Mischung aus verschlechterten Beziehungen und geheimen Kooperationen. Das Regime der Islamischen Republik erklärte die Nichtanerkennung Israels zu einem seiner zentralen Identitätsmerkmale und brach jegliche wirtschaftlichen, kommerziellen und diplomatischen Beziehungen zu diesem Land ab. Besonders während des Iran-Irak-Krieges arbeiteten die beiden Länder sogar bei Waffenlieferungen und Nachrichtendiensten zusammen (1) (2) (3). Die Führer der Islamischen Republik mieden es bewusst, sich in Konflikte zu verwickeln, die sie als vorwiegend arabisch-sunnitisch betrachteten. So ließ Ayatollah Ruhollah Khomeini einige Militärs, die gegen Israel im Libanon kämpfen wollten, verhaften und stellte klar, dass der Krieg gegen den Irak Vorrang habe (4). Diese Pragmatik bestimmte die Beziehungen zwischen dem Iran und Israel bis Mitte der 1990er Jahre, als das Oslo-Abkommen geschlossen wurde.

Als sich abzeichnete, dass die USA eine neue Ordnung im Nahen Osten etablieren wollten, in der Israel die Führungsrolle übernahm und der Iran als Hauptgefahr für die arabischen Staaten, insbesondere die Golfstaaten, betrachtet wurde, machte es sich die Islamische Republik zur Hauptaufgabe, diesen Plan um jeden Preis zu torpedieren. Die diplomatische, wirtschaftliche und politische Isolation, die der Iran infolge seiner Konfrontation mit den USA erlebte, ließ dem Regime wenig Spielraum für politische Verhandlungen. So

blieb ihm nichts anderes übrig, als auf Militarismus und Terrorismus zu setzen, um seine Ziele zu erreichen.

Diese Ideologisierung der Politik hat das Land in ein tiefes soziales, wirtschaftliches und ökologisches Desaster geführt. Während der Iran aufgrund seiner aggressiven außenpolitischen Strategie sowohl von der internationalen Gemeinschaft als auch von seinen Nachbarstaaten zunehmend isoliert wurde, konnte sich sein regionaler Rivale, die Türkei, wirtschaftlich und militärisch stärken. Im Gegensatz zur Türkei, die ihre antiwestlichen und antizionistischen Rhetoriken auf symbolische Gesten beschränkte und gleichzeitig diplomatische, militärische und wirtschaftliche Beziehungen sowohl zum Westen als auch zum Osten aufrechterhielt, hat der Iran in den letzten vier Jahrzehnten sowohl international als auch regional an Boden verloren. Besonders alarmierend ist, dass selbst vermeintliche Verbündete der Islamischen Republik wie China und Russland in Auseinandersetzungen, beispielsweise um die iranische Souveränität über die drei Inseln im Persischen Golf, Positionen der iranischen Gegner unterstützten.

Die Ideologie der Islamischen Republik, eine toxische Mischung aus schiitischem Ummah-Nationalismus, Muslimbruderschaft-Ideologie, aggressivem Antiimperialismus und einem übersteigerten Nationalismus nach dem Vorbild von Mosaddegh und Gamal Abdel Nasser, hat das Land an den Rand des totalen Kollapses geführt. Besonders ironisch ist dabei die Tatsache, dass viele linke Bewegungen im Westen, die sich gegen liberale Demokratie, Kapitalismus und bürgerliche Rechte positionieren, in der islamistischen Ideologie einen vermeintlichen Verbündeten gefunden haben. Diese „Islamogauche“, die der Schah von Iran einst als „rote und schwarze Reaktion“ bezeichnete, unterstützt heute eine der rückschrittlichsten und destruktivsten politischen Kräfte in der Region.

Die Rolle der iranischen Diaspora als Wächter gegen die Ideologie

In diesem Kontext hat die iranische Diaspora eine besondere Rolle zu spielen. Sie sieht sich selbst als erstes Opfer dieses unheiligen Bündnisses, das den höchsten Preis bezahlt hat: den völligen Zusammenbruch eines Staates.

Die iranische Diaspora sieht es als ihre Pflicht an, die westlichen Gesellschaften vor den katastrophalen Folgen dieser Ideologie zu warnen, bevor es zu spät ist. Ihre Herausforderung besteht darin, einen schwierigen Balanceakt zu vollziehen: Einerseits Israel im Kampf gegen terroristische Organisationen wie Hamas und Hisbollah zu unterstützen, andererseits aber jede militärische Intervention gegen den Iran abzulehnen, die die nationale Souveränität, territoriale Integrität und Infrastruktur des Landes gefährden würde.

Ein umfassendes Verständnis der Dynamiken in der Region sowie der Handlungen der Hauptakteure wie Israel und der Islamischen Republik Iran, und deren Auswirkungen auf die iranische Diaspora und Nahostmigranten im Allgemeinen, erfordert eine ausgewogene Analyse, die sowohl die realistischen als auch die konstruktivistischen Perspektiven gleichermaßen berücksichtigt.

Quellen:

1. by Johnathan Marshall, Peter Dale Scott, and Jane Hunter (1987). "Irrigate: The Israel Connection"
2. South End Press. p. 169. Retrieved 2 April 2010.
3. The course of Iranian-Israel relations. Middle East Insight Nov-Dec. 1999. 39-40.
4. Warum hat Imam Chomeini den Befehl zur Einstellung der Entsendung iranischer Truppen nach Syrien und Libanon erteilt?" Donya-e-Eqtasad (Wirtschaftswelt), 07.08.2020



Frieden und Stabilität im Nahen Osten durch maximalen Druck auf den Iran

Dr. Arvin Khoshnood



Die Feindseligkeiten zwischen der Islamischen Republik Iran (IRI) und Israel markieren eine beispiellose Eskalation im Nahen Osten, die eine klare Botschaft vermittelt: Solange die Islamische Republik Iran besteht, ist nachhaltiger Frieden in dieser Region unmöglich.

Die aktuellen Spannungen, die durch den Angriff der IRI auf Israel am 13. April ausgelöst wurden, zeigen einen bedeutenden Wandel – von langjährigen Stellvertreterkriegen hin zu einer offenen, direkten Konfrontation. Israels Reaktion am 19. April offenbarte eine entschlossene Haltung gegenüber solch aggressiven Handlungen, und die darauffolgenden Auseinandersetzungen im Oktober signalisierten eine gefährliche neue Dimension in diesem Konflikt.

Der tief verwurzelte Ursprung dieses Konflikts liegt in der kontinuierlichen Unterstützung der IRI für terroristische Gruppen wie Hamas und Hisbollah. Ihr Handeln führte im vergangenen Jahr zu einem brutalen Terroranschlag der Hamas auf Israel, und die IRI verfolgte dabei strategisch zwei Ziele: Die sich anbahnenden diplomatischen Annäherungen zwischen Israel und den arabischen Staaten, insbesondere Saudi-Arabien, zu sabotieren und das Augenmerk wieder auf die Palästina-Frage zu lenken. Durchaus erfolgreich erzielte die IRI diplomatische Rückschläge für Israel, was sich unter anderem im Abkühlen der Beziehungen zu arabischen Staaten zeigte. Die Arabische Liga entschied im Juni, die Hisbollah von ihrer Liste terroristischer Organisationen zu streichen, und auch die Verurteilungen der jüngsten israelischen Angriffe durch Saudi-Arabien und Ägypten bestätigten diesen Trend. Der Konflikt veranlasste zudem europäische Staaten wie Spanien, Irland und Norwegen zur Anerkennung Palästinas als Staat – ein weiterer diplomatischer Sieg für die IRI, die ihre regionale Machtposition weiter festigen konnte.

Im Inneren dient die Eskalation diesem Regime als taktische Ablenkung von zunehmendem öffentlichem Unmut und der sich dramatisch verschlechternden Wirtschaftslage. Die Islamische Republik Iran nutzt die Konfrontation mit Israel, um von inneren Spannungen abzulenken und ihre gespaltene Unterstützungsbasis hinter einem vermeintlich gemeinsamen Feind zu vereinen. Seit den Wahlen 2009 haben tiefgreifende Risse das System erschüttert, die sich in regelmäßigen Protesten und Wahlboykotten widerspiegeln und die Erosion seiner Legitimität offenbaren. Die IRI versucht, durch die Eskalation mit Israel die Kontrolle über das Volk und die Sicherheitskräfte zu festigen. Es ist zu erwarten, dass das Regime auf israelische Angriffe mit wohlkalkulierten Gegenangriffen reagiert, um einen offenen Krieg zu vermeiden, während es die Situation geschickt nutzt, um die US-Regierung zu Konzessionen zu drängen und Israels Handlungsfreiheit zu beschneiden. Gewiss ist, dass die IRI israelische und jüdische Interessen weltweit durch Terror weiter attackieren wird, wie die jüngsten Vorfälle in Deutschland, Schweden und Dänemark belegen. Solche Angriffe schaffen ein Umfeld kontinuierlicher Instabilität und haben weitreichende Folgen für den regionalen Frieden.

Frieden und Stabilität im Nahen Osten bleiben unerreichbar, solange die Islamische Republik Iran an der Macht ist. Ein demokratischer, friedlicher Iran ist der einzige Weg zur Stabilität, und die internationale Gemeinschaft muss den Freiheitskampf des iranischen Volkes unterstützen. Es ist unverzichtbar, dass die USA und die EU ihre beschwichtigende Haltung beenden, die die IRI in den letzten 45 Jahren begünstigt hat. Ein entschlossener Druck auf die Islamische Republik Iran, verbunden mit umfassender Unterstützung für das iranische Volk, stellt einen unverzichtbaren Weg dar, um die Errichtung eines freien Irans und die Schaffung eines stabilen und friedlichen Nahen Ostens zu fördern.



Dr. Saeed Ghasseminejad

ist Iran- und Finanzwirtschaftsberater beim Foundation for Defense of Democracies (FDD). Er hat einen Ph.D. in Finanzwirtschaft von der City University of New York und untersucht die Auswirkungen von US-Sanktionen auf Irans Finanzmärkte. Saeeds Arbeiten erschienen in Medien wie The Wall Street Journal, Fox News und Foreign Policy, und er wurde von The New York Times und BBC Persian interviewt.

Verdeckter Handel und steigende Ölexporte als Irans Strategie unter internationalen Sanktionen

Die britische Regierung hat entschieden, Maßnahmen gegen ein Netzwerk von Ölhandelsunternehmen unter der Leitung von „Hussein Shamkhani“ zu ergreifen, die wegen ihrer Rolle im globalen Transfer von iranischem und russischem Öl Gegenstand von Ermittlungen sind. Seit dem Amtsantritt von Joe Biden im Januar 2021 hat Teheran mindestens 122 Milliarden Dollar aus dem Ölexport generiert, während die iranische Energiebranche weiterhin unter strengen US-Sanktionen leidet. Diese Einnahmen haben es dem Regime der Islamischen Republik ermöglicht, seine aggressiven Außenpolitiken zu intensivieren und die repressiven Maßnahmen im Inneren unvermindert fortzusetzen.

Finanzielle Gewinne durch Ölverkäufe und deren Auswirkungen

Hussein Shamkhani ist der Sohn von Ali Shamkhani. Sein Vater, ehemaliger Kommandeur der Marine der Revolutionsgarden, hatte sich als Verteidigungsminister und Vorsitzender des Obersten Nationalen Sicherheitsrats der Islamischen Republik einen Namen gemacht und ist nach wie vor ein enger Vertrauter des Obersten Führers Khamenei in bedeutenden Institutionen wie dem Schlichtungsrat. Hussein Shamkhani fungiert als einer der vertrauenswürdigen Akteure der islamischen Republik, der aktiv in den internationalen Ölhandel involviert ist. Er leitet sein weitreichendes Imperium von den Vereinigten Arabischen Emiraten aus, die als bekanntes Zentrum für Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Verstöße gegen internationale Sanktionen im Zusammenhang mit Teheran gelten.

Die Nachgiebigkeitspolitik der Biden-Administration hat Hussein Shamkhani und seinen Komplizen eine signifikante Gelegenheit eröffnet, ihre operativen Aktivitäten auszudehnen. Nach vorliegenden Daten haben die Ölschmuggler seit Januar 2021 insgesamt 1,75 Milliarden Barrel iranisches Öl erfolgreich veräußert. Unter der Annahme, dass das Regime seinen Ölverkauf mit einem Preisnachlass von 15 Prozent im Vergleich zum

Brent-Ölpreis durchgeführt hat, beläuft sich der daraus resultierende Ertrag für Teheran auf etwa 122 Milliarden Dollar.

Über 95 Prozent dieses Öls wurden nach China exportiert, wo kleinere Raffinerien es zu einem ermäßigten Preis erworben haben. Weitere Zielorte für iranisches Öl umfassen Syrien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Syrien erhält im Durchschnitt täglich etwa 100.000 Barrel Öl, während die Vereinigten Arabischen Emirate voraussichtlich für den Transfer von Öl zwischen verschiedenen Tankern verwendet werden.

Internationale Reaktionen und die geopolitischen Implikationen

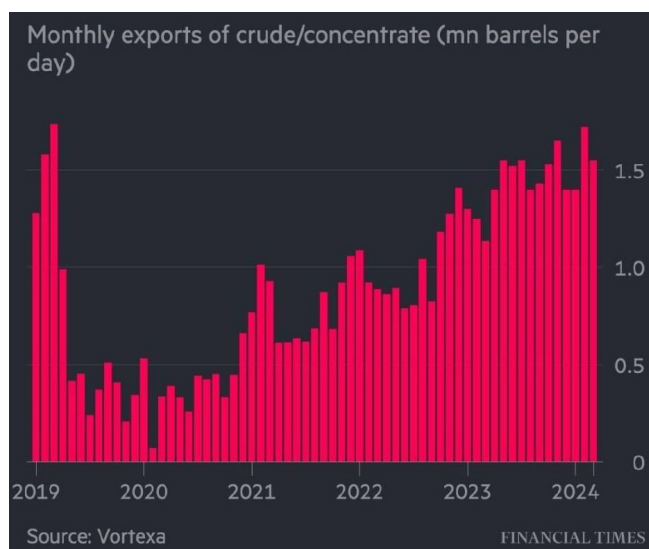
Die tägliche Ölproduktion des Iran hat während der Präsidentschaft von Joe Biden einen signifikanten Anstieg verzeichnet. Im Jahr 2019 exportierte die Islamische Republik durchschnittlich 831.000 Barrel pro Tag, während im Jahr 2020 dieser Wert auf 948.000 Barrel pro Tag anstieg, was das letzte Jahr der Präsidentschaft von Donald Trump darstellt. Im ersten Jahr der Biden-Präsidentschaft, 2021, erreichte dieser Wert bereits 1,14 Millionen Barrel pro Tag und blieb auf diesem Niveau konstant. Im Jahr 2022 stieg der durchschnittliche tägliche Ölexport des Iran auf 1,41 Millionen Barrel, und in den ersten acht Monaten des Jahres 2024 wurde ein weiterer Anstieg auf 1,63 Millionen Barrel pro Tag verzeichnet. Somit liegt der durchschnittliche tägliche Ölexport des Iran im Jahr 2024 nun um 77 Prozent höher als im Jahr 2020, dem letzten Jahr von Trumps Amtszeit.

Washington könnte aus verschiedenen Gründen, darunter die verringerten Auswirkungen der Sanktionen

gegen russisches Öl nach dem Überfall Moskaus auf die Ukraine, eine nachsichtige Haltung gegenüber dem iranischen Ölhandel eingenommen haben. Diese Einnahmen haben es Teheran ermöglicht, erheblich in die interne Repression sowie in auswärtige Aggressionen zu investieren. Innerhalb des Landes hat das Regime den Mahsa-Aufstand im Jahr 2022 mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Auf regionaler Ebene hat Teheran seine finanziellen und militärischen Unterstützungsleistungen an Stellvertreterkräfte und Verbündete in Jemen, Irak, Syrien, Libanon und Gaza erheblich verstärkt. Die Folgen dieser Maßnahmen umfassen Angriffe der Houthis im Roten Meer, den Terroranschlag am 7. Oktober durch Hamas sowie die kontinuierliche Zielverfolgung amerikanischer Streitkräfte in Irak und Syrien.

Im April 2024 verabschiedete der Kongress der Vereinigten Staaten das SHIP-Gesetz, welches darauf abzielt, die Ölexporte des Iran zu restriktiveren. Dieses Gesetz richtet sich gezielt gegen die Institutionen, die in illegale Öltransfers verwickelt sind, einschließlich der Betreiber von Häfen und Tankern. Dennoch zeigt sich, dass die Ölexporte des Iran vier Monate nach Inkrafttreten des SHIP-Gesetzes weiterhin ansteigen. In den Monaten Mai, Juni, Juli und August überschritten die Exporte die Mengen des April 2024, als das Gesetz von Präsident Biden unterzeichnet wurde.

Die Biden-Administration behauptet, die Sanktionen wirksam zu implementieren, und verweist auf ihre Maßnahmen gegen die illegalen Netzwerke, die mit den Öltransfers des Iran in Verbindung stehen. Bisher konzentrierten sich die meisten Aktionen der Regierung auf Netzwerke von Briefkastenfirmen und Schmugglern. Obwohl die Biden-Regierung in ihrer Herangehensweise an Tanker, die iranisches Öl transportieren, aggressiver vorgeht, bleiben einflussreiche internationale Unternehmen, darunter chinesische Häfen und Raffinerien, die das iranische Öl beziehen, von diesen Maßnahmen unberührt. Der Umgang mit diesen Unternehmen würde erhebliche politische und diplomatische Kosten nach sich ziehen und könnte zudem zu Reaktionen seitens Chinas führen. Solange Washington jedoch darauf beschränkt bleibt, gegen Briefkastenfirmen und Akteure des Schwarzmarktes vorzugehen, wird es nicht in der Lage sein, die Ölexporte Teherans wirkungsvoll zu kontrollieren.



* Dieser Artikel wurde zuvor in der persischsprachigen Zeitschrift Fereydun von Dr. Saeed Ghaseminejad veröffentlicht.



Reza Ahmadi

ist Finanz- und Wirtschaftsexperte mit einem fundierten akademischen Hintergrund. Er besitzt einen Master-Abschluss in Finanz- und Unternehmensmanagement aus Deutschland sowie einen weiteren Master-Abschluss in internationaler Wirtschaft von der Graduate School of America in Frankreich. In seiner wissenschaftlichen Arbeit befasst er sich mit der Analyse wirtschaftspolitischer Zusammenhänge und Fragen der politischen Ökonomie.

Die Flamme des Widerstands: Ursachen und Folgen der Proteste im Iran

Im November 2019 entfachte die plötzliche Ankündigung der islamischen Republik zur Erhöhung der Benzinpreise einen Funken, der die Protestbewegung von Aban (November) entzündete. Diese Entscheidung, ohne jede vorherige Information an die Bevölkerung getroffen, führte unverzüglich zu einer Welle umfassender Proteste im gesamten Iran – Proteste, die unmissverständlich aus tiefer wirtschaftlicher, sozialer und politischer Unzufriedenheit resultierten.

Anstatt die Stimme des Protests zu hören und die bestehenden Probleme zu adressieren, reagierte die Regierung mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten. Laut glaubwürdigen Berichten verloren etwa 1.500 Menschen, darunter Kinder und Jugendliche, während der Niederschlagungen im November ihr Leben. Dieses umfassende Massaker offenbarte lediglich einen kleinen Teil der Ineffizienz und der Gewaltbereitschaft der islamischen Herrschaft. (1)

Eine der Ursachen dieser Proteste liegt in der wirtschaftlichen Politik der Islamischen Republik, die von tiefgreifender Korruption und einer bestürzenden Unfähigkeit durchdrungen ist, die knappen Ressourcen des Landes verantwortungsvoll zu verwalten. (2)

Diese Faktoren führten zu extrem hoher Inflation, einer alarmierenden Arbeitslosigkeit und einem drastischen Rückgang des Wertes der nationalen Währung. Während die Politiken vor allem einer Minderheit von Regierungsanhängern zugutekamen, kämpfte die Mehrheit der Bevölkerung mit finanziellen Schwierigkeiten und zunehmender Armut.

Das ineffiziente System basiert auf gruppenspezifischen Interessen

Das Rechtssystem der islamischen Republik agiert nicht im Sinne von Patriotismus, öffentlichem Wohl oder nationalen Interessen, sondern stützt sich vorrangig auf die ideologischen Interessen einer herrschenden

Minderheit. (3)

Das Rechtssystem in der islamischen Republik bietet anstelle eines gerechten und transparenten Rahmens für alle Bürger vorwiegend ein Instrument zur Machterhaltung der Regierung. Die erlassenen Gesetze sind nicht dazu bestimmt, den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Entwicklung des Landes gerecht zu werden, sondern beruhen auf den ideologischen Prinzipien der islamischen Republik. Diese Gesetze sind so konzipiert, dass sie in erster Linie die Rechte und Interessen regierungsnaher Gruppen schützen und grundlegende Veränderungen verhindern.

Beispielsweise sind das islamische Strafgesetzbuch und das Pressegesetz so gestaltet, dass jede Form der Kritik an der Regierung oder der Führung leicht als „Handlung gegen die nationale Sicherheit“ oder „Beleidigung heiliger Dinge“ interpretiert werden kann. Aufgrund ihrer Unklarheit und der weitreichenden Auslegungen, die sie ermöglichen, behindern diese Gesetze faktisch die Meinungsfreiheit und konstruktive Kritik innerhalb der Gesellschaft.

Im Zusammenhang mit politischen Aktivisten und Journalisten wird das Rechtssystem von der Regierung verwendet, um diese zu unterdrücken und festzunehmen. Personen, die die Politiken der Regierung kritisieren oder Reformen fordern, werden oft unter dem Vorwand „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ vor Gericht gestellt. Dies verdeutlicht, wie das Recht zur Machterhaltung und zur Unterdrückung von Oppositionellen missbraucht wird. (4)

Pazeshkian und die vorhersehbare Ineffizienz

Masoud Pezeshkian wird von einigen als potenzieller Präsident der islamischen Republik Iran angesehen, der in der Lage sein könnte, die Probleme des Landes zu lösen. Eine Analyse seiner Positionen in der Außenpolitik und seine Unterstützung für terroristische Gruppen zeigt jedoch, dass sein Denken weiterhin auf den revolutionären Ideen von 1979 fußt. Diese Positionen verdeutlichen eindeutig sein Engagement für die Fortführung der regionalen Politiken der islamischen Republik, die die Unterstützung militärischer und paramilitärischer Gruppen beinhalten.

Ein Blick auf Pezeshkians wirtschaftliches Team zeigt zudem, dass viele Mitglieder, die ihn unterstützen,

maßgeblich an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation des Landes beteiligt sind. So ist Abdolnasser Hemmati, der ehemalige Präsident der Zentralbank der islamischen Republik Iran (von 2018 bis 2021), nicht nur ein prominenter Wirtschaftsexperte der islamischen Republik, sondern war auch Minister für Wirtschaft in Pazeshkians Regierung. Laut dem Bericht des Statistischen Zentrums des Iran erreichte die jährliche Inflationsrate bis Mai 2021, das ist der letzte Inflationsbericht vor Hemmatis Ausscheiden aus der Zentralbank, 41 Prozent, was einen Anstieg von über dem Vierfachen während seiner Amtszeit bedeutet.

In den letzten Tagen hat Pezeshkian erneut von einer Erhöhung der Benzinpreise gesprochen, um das Haushaltsdefizit für das Jahr 2025 zu decken. In den letzten drei Jahren sind die Preise für andere Energieträger erheblich gestiegen, während die Preise für Mehl und Brot in zwei Schritten um insgesamt etwa 70 Prozent erhöht wurden. Angesichts des zunehmenden wirtschaftlichen Drucks und der beispiellosen Proteste, wie etwa den Protesten der Krankenschwestern in den letzten Monaten, sowie der Unfähigkeit der Regierung, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen zu bewältigen, ist es nicht schwer vorherzusagen, dass dieser Trend zu einer neuen Welle landesweiter Proteste führen wird.

Quellen:

1. Bloody Event That Changed the Course of Public Protests Against the Government; The November 2019 Massacre.” VOA Persian, October 16, 2023, <https://ir.voanews.com/a/7358096.html>
2. Unprecedented Inflation in Iran; Parliament Research Center Says Unemployment Rate Is Two and a Half Times the Official Figures.” BBC Persian, November 22, 2020, <https://www.bbc.com/persian/business-55038237>.
3. Azadi, Pouya. The Failure of Development in Iran: Legal and Institutional Barriers. Stanford Iran 2040 Project, Stanford University, 2020.
4. Deutsche Welle. “Judiciary Action against 181 Journalists in the Past Six Months in Iran.” DW, February 12, 2024, shortened link: bit.ly/3Q3d5e8
5. Video: Masoud Pezeshkian’s Visit to Hamas Office in Tehran.” Entekhab, December 5, 2022, shortened link: bit.ly/3SgoTQt.





Foto: Instagram@sadegh_miri_photography

Die Islamische Republik Iran: Wie sektenhafte Politik und Missmanagement den Fortschritt des Landes verhindern und die regionale Stabilität gefährden

von Fereydoun Poor Ardeshir *

Die innenpolitischen Folgen und regionalen Spannungen durch Irans islamistische Expansionspolitik

Die Islamische Republik hat durch ihre sektenhaften politischen Strategien sämtliche nationalen Ressourcen in die Verbreitung des politischen Islams investiert, was zur gravierenden Vernachlässigung der inneren Lage des Landes geführt hat. Trotz bedeutender natürlicher Reichtümer kümmert sich das herrschende Regime kaum um die Bedürfnisse des Landes und seiner Bürger. In den letzten Jahren haben wir vermehrt groß angelegte Bürgerproteste erlebt, in denen die Menschen normale Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft sowie ein sozialpolitisches und wirtschaftliches Ansehen fordern, das der herausragenden Position Irans gerecht wird. Die Islamische Republik ist jedoch weder willens noch fähig, der iranischen Nation solche Leistungen zu bieten.

Infolgedessen erleben wir die Folgen dieses Missmanagements: zweistellige Inflations- und Arbeitslosenquoten, die Abwanderung von Fachkräften, Umweltkrisen und die gewaltsame Konfrontation des Regimes mit den Bürgern, die bereits viele Menschenleben gefordert hat. Diese Auseinandersetzungen entstehen durch die anhaltende Verletzung der Bürgerrechte, die katastrophale wirtschaftliche Lage und die aufgestaute öffentliche Wut. Themen wie der Hijab oder die Erhöhung der Benzinpreise fungieren als Auslöser für den Ausdruck dieser Unzufriedenheit. In der Folge entstehen breite Proteste, die von der Regierung oft mit brutalster Unterdrückung und Gewalt beantwortet werden, was gelegentlich in direkten Schüssen und dem Tod unschuldiger Menschen mündet. Inmitten dieser Unruhen verschärfen sich die Spannungen durch die Konfrontation mit Israel und den USA, was die Situation zusätzlich kompliziert.

In diesem Kontext unterstützt die Regierung insbesondere terroristische Milizen in Ländern wie Palästina, Libanon, Irak, Jemen und Syrien. Diese Unterstützung hat nicht nur zur Unsicherheit in der Region beigetragen, sondern auch das Ansehen Irans aufgrund der abenteuerlichen Politik der Islamischen Republik erheblich beschädigt.

Dank der finanziellen Mittel und Unterstützung der Islamischen Republik sind diese Milizen so weit gestärkt worden, dass sie in verschiedenen Ländern unabhängige Regierungen bilden und faktisch parallele Regierungsstrukturen schaffen konnten. Ein Beispiel hierfür ist die Hisbollah im Süden Libanons, die über eigene Telekommunikations- und Wirtschaftsstrukturen verfügt und de facto als Regierungsinstitution agiert. Auch im Irak und im Jemen haben Milizgruppen durch die finanzielle Unterstützung der Islamischen Republik ihre quasi-staatlichen Strukturen etabliert.

Die Aussicht auf Veränderung: Hoffnung auf eine bessere Zukunft für den Iran

Die Menschen, die in den letzten Jahren wiederholt auf die Straße gegangen sind, um gegen die reaktionären politischen Maßnahmen des Regimes zu protestieren, hegen die Hoffnung, dass mit der Unterstützung Israels, der USA und europäischer Länder wie Deutschland das Regime der Mullahs ernsthaft geschwächt wird, sodass die Bevölkerung es stürzen und eine nationale, normale Regierung etablieren kann. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung glaubt, dass das Regime aufgrund seines extremen und brutalen Einsatzes von Gewalt nur gegen das eigene Volk überlegen ist, aber gegen große Mächte könnte eine ernsthafte Schwächung und ein Wandel der Islamischen Republik durchaus möglich sein. Daher haben die Menschen im Iran in den letzten Monaten, insbesondere nach dem 7. Oktober und dem Angriff der Terrorgruppe Hamas auf Israel, wiederholt ihre Solidarität mit Israel auf sozialen Medien und in Sportstadien zum Ausdruck gebracht.

Es ist offensichtlich, dass ein Regimewechsel im Iran nicht nur das Land wieder in den Kreis der konstruktiv handelnden Länder der internationalen Ordnung zurückführen würde, sondern auch zu mehr Stabilität im Nahen Osten beitragen und militärische Interventionen sowie die Flucht kriegsgeplagter Menschen nach Europa reduzieren könnte. Mit der Etablierung einer nationalen und normalen Regierung im Iran würde der Weg für wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen dem Iran und westlichen Ländern geebnet.

Der Iran könnte, ausgestattet mit seinen reichen natürlichen Ressourcen und einem großen Markt, ein wichtiger Handelspartner für europäische Länder werden. Diese Zusammenarbeit würde nicht nur zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in der Region führen, sondern auch neue Investitions- und Handelsmöglichkeiten schaffen. Darüber hinaus könnte ein freier und demokratischer Iran als erfolgreiches Vorbild für andere Länder in der Region dienen und zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten im gesamten Nahen Osten beitragen.

Andererseits würde die Stabilisierung des Iran und die Reduzierung der Macht der mit der Islamischen Republik verbundenen Milizen auch zu einer Verringerung der Unsicherheit in den Nachbarländern führen. Dies würde die Gefahr von Terrorismus und Extremismus in der Region verringern, was eine der größten Sicherheits Herausforderungen für Europa darstellt.

Letztlich wäre die Unterstützung eines Regimewechsels im Iran nicht nur im Interesse der iranischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der globalen Sicherheit und Stabilität. Ein demokratischer Iran, der sich den Menschenrechten verpflichtet fühlt, könnte als strategischer Partner im Umgang mit gemeinsamen globalen Herausforderungen, einschließlich des Klimawandels und humanitärer Krisen, fungieren.

Daher ist es für die westlichen Länder an der Zeit, die Forderungen der iranischen Bevölkerung nach einer demokratischen Regierung ernsthaft zu unterstützen und so positive Veränderungen auf regionaler und globaler Ebene zu fördern.

Der Nationalismus Mossadeghs und sein Machtspiel mit Auswirkungen auf die konstitutionelle Monarchie im Iran



Farhad Soleimannejad

ist ein unabhängiger Forscher auf dem Gebiet der Geschichte des modernen politischen Denkens in Iran. Sein besonderes Interesse gilt der Frage, wie iranische Intellektuelle der Kadscharenzeit politische Moderne, Konzepte moderner Staatsführung sowie Vorstellungen von Recht und Ordnung rezipierten und theoretisch verarbeiteten.

Derzeit widmet er sich der Herausgabe einer mehrbändigen Reihe unter dem Titel „Die Gründerväter des neuen Iran“, die sich der intellektuellen und politischen Selbstverortung Irans in der Neuzeit widmet. Im Zentrum stehen dabei herausragende intellektuelle und politische Persönlichkeiten der Kadscharenzeit und der frühen Pahlavi-Ära. Der erste Band ist Seyyed Hassan Taqizadeh gewidmet, der zweite Mirza Fathali Akhundzadeh. Weitere Bände über Gestalten wie Mirza Hosein Khan Sepahsalar, Mirza Malkom Khan Nazemoddoleh, Mirza Yusef Khan Mostasharodoleh, Mohammad Ali Foroughi und Ali Akbar Davar sind in Vorbereitung.

Das Foto zeigt ein kaum gesehenes Bild von Mohammad Reza Schah Pahlavi, nach einem Attentat durch einen Kommunisten an der Universität Teheran am 4. Februar 1949. Die Aufnahme veranschaulicht eindringlich die Schwere seiner Verletzungen, die er während seines Krankenhausaufenthalts erlitt. Infolge dieser Vorfälle ließ der Schah über einen längeren Zeitraum einen Schnurrbart wachsen, um die Narbe auf seiner Lippe zu kaschieren, was in späteren Fotografien deutlich sichtbar wird.

In der gängigen Erzählung über die Ursachen der Revolution von 1979, die überwiegend von kommunistischen, nationalistischen und islamistischen Gegnern des Schahs verbreitet wird, wird der Hauptvorwurf erhoben, dass der Schah – insbesondere nach der Absetzung von Premierminister Mohammad Mossadegh im August 1953, die in dieser Perspektive als „Putsch“ bezeichnet wird – den politischen Spielraum im Land systematisch eingeengt habe. Durch die Verhängung eines Verbots gegen politische Parteien und Gruppen, die zuvor innerhalb der Grenzen der konstitutionellen Ordnung agierten, sei er angeblich direkt auf einen Umsturz hingetrieben worden. Diese Darstellung interpretiert die Maßnahmen des Schahs als primäre Ursache für die Revolution von 1979 und entlastet damit die revolutionären Kräfte ihrer Verantwortung.

Was in dieser Narration jedoch häufig vernachlässigt wird, ist die Tatsache, dass der Schah von seiner Thronbesteigung im September 1941 bis zur Absetzung Mossadeghs im August 1953 und sogar bis zum Ableben von Ayatollah Boroujerdi, dem damaligen Führer der Schiiten, im April 1961 als konstitutioneller Monarch handelte und sich strikt an die durch die Verfassung gesetzten Grenzen hielt. Eine seiner Befugnisse war das Recht, Minister zu ernennen und zu entlassen, einschließlich des Premierministers, dessen Position nicht explizit in der Verfassung verankert war, sondern als konventionelle Funktion galt. Laut der Verfassung verlor die Regierung ihre Legitimität, wenn das Parlament aus irgendeinem Grund aufgelöst wurde. Im Rahmen der Ereignisse, die im August 1953 kulminierten, löste Mossadegh das Parlament durch ein illegales Referendum auf, obwohl die Verfassung ihm – als nicht ausdrücklich genannte Position – nicht das Recht einräumte, eine Staatsgewalt aufzulösen. Infolgedessen verlor die Regierung Mossadeghs automatisch ihre Legitimität, und er hätte zurücktreten müssen, um den Weg für Neuwahlen zum Parlament zu ebnen, und zwar auf Anweisung des Schahs.

Mossadegh hingegen weigerte sich, diesen Schritt zu tun, und hielt weiterhin an der Macht fest. Zugleich forderten Mossadeghs Außenminister Hossein Fatemi und andere nationalistische Anhänger offen die Abschaffung der Monarchie und strebten die Errichtung einer Republik an, was klar gegen die Verfassung und die Autorität des Schahs verstieß.

In dieser kritischen Situation machte der Schah in der Verfassung verankerten Befugnissen Gebrauch und erließ das Dekret zur Absetzung Mossadeghs in Abwesenheit des Parlaments. In der vorherrschenden Geschichtsschreibung wird dieser rechtmäßige Schritt des Schahs als „Putsch“ bezeichnet, obwohl der wahre Putsch von Mossadegh und seinen Anhängern inszeniert wurde. Ein Putsch, so die Definition, stellt eine Machtergreifung von unten nach oben dar und nicht umgekehrt. Nach der Verfassung war der Schah der Staatschef, und es war Mossadegh, der mit seinem Handeln einen Putsch gegen den Schah, seinen Vorgesetzten, plante. Mossadeghs Schließung des Parlaments stellte einen eklatanten Verstoß gegen das grundlegende Prinzip der Gewaltenteilung dar, das als fundamentale Säule der Rechtsstaatlichkeit gilt und in der iranischen Verfassung verankert war.

Was die Gründe für die Schließung des Parlaments durch Mossadegh betrifft, so werden in der gängigen Darstellung abgesehen von der Illegalität seiner Handlung entscheidende Fakten nicht erwähnt. Beispielsweise war das Parlament zu dieser Zeit kritisch gegenüber einigen von Mossadeghs krisenverschärfenden politischen Maßnahmen eingestellt und hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit die Möglichkeit besessen, ihn abzusetzen. Eine der wesentlichen Maßnahmen war die unregelmäßige Ausgabe von Banknoten zur Deckung des Haushaltsdefizits, was in der Folge zu einer gravierenden Inflation führte und vom Parlament als legitimer Einspruch abgelehnt wurde. Mossadegh schloss das Parlament, um seine Gegner zu neutralisieren. Hierbei kam es folglich zu Rechtsbrüchen durch Mossadegh und seine Anhänger, nicht durch den Schah oder dessen Kritiker.

In Wahrheit führte Mossadegh, nachdem er mit der Unterstützung aller politischen Kräfte des Landes, einschließlich des Schahs, die Verstaatlichung der Ölindustrie durchgesetzt hatte, die Ölindustrie durch seine westfeindliche nationalistische Politik an den Rand des Abgrunds. Dies resultierte in einer wirtschaftlichen Rezession, die weit verbreitete Unzufriedenheit zur Folge hatte. Deshalb fand sich im August 1953 kaum jemand, der Mossadegh unterstützte, und der öffentliche Raum wurde von den Befürwortern der Verfassung sowie des Schahs dominiert.

Zwischen September 1941 und August 1953 gehörte Iran, gemessen an demokratischen Standards, zu den fortschrittlichsten Ländern und warsogar demokratischer als einige skandinavische Staaten. So konnten im März 1953 die Anhänger der kommunistischen Tudeh-Partei, die zuvor 1948 aufgrund ihrer Beteiligung an dem Attentat auf den Schah vom iranischen Justizsystem aufgelöst worden war, anlässlich des Todes von Stalin, dem sowjetischen Führer, Trauerkundgebungen in den Straßen Teherans abhalten.

Ein entscheidender Punkt, der oft übersehen wird, ist, dass die politische Offenheit in der demokratischen Phase des Iran nichts als Chaos, Mord und Attentate hervorgebracht hat. Zu den Opfern dieser Gewalt gehörten der säkulare Intellektuelle und Jurist Ahmad Kasravi sowie die Premierminister Abdolhossein Hazhir und Generalmajor Haj Ali Razmara. Auch der gescheiterte Anschlag auf den Schah und ein misslungenes Attentat auf den damaligen Hofminister Hossein Ala sind erwähnenswert. Diese grausamen Taten wurden von allen bedeutenden politischen Kräften entweder aktiv unterstützt oder zumindest stillschweigend toleriert.

Von August 1953 bis zum Tod von Ayatollah Boroujerdi im April 1961 stellte die unmittelbare Macht der schiitischen Mullahs eine Barriere gegen die Entwicklungen dar, für die der Schah heutzutage oft gelobt wird. In der Tat brachte die sogenannte „Demokratie“ zwischen September 1941 und April 1961 keinen nachhaltigen Nutzen für den Iran; vielmehr führte sie durch die Wahlen radikale Islamisten, Nationalisten und stalinistische Kommunisten an die Macht und erzeugte anhaltende Krisen im Land. Hätte im Jahr 1963, als die Macht des Schahs gefestigt war und das Land den Weg der Entwicklung in den 1960er und 1970er Jahren einschlug, eine politische Offenheit wie in den 1940er und 1950er Jahren geherrscht,

ist anzunehmen, dass die politische Hauptmacht bei der Tudeh-Partei, der Nationalen Front und der schiitischen Mullahs gelegen hätte. Dies hätte unvermeidlich zu politischer Unordnung geführt und die Entwicklungen der 1960er und 1970er Jahre gefährdet. Tatsächlich hätte eine Demokratie in dieser Phase die Revolution um zwei Jahrzehnte vorverlegt. In einer Gesellschaft, die von stalinistischem Kommunismus, Mossadegh-Nationalismus und Khomeini-Islamismus geprägt war, war es unrealistisch, von der Demokratie eine positive Entwicklung zu erwarten.

Die Diskussion über die Gefahren der Demokratie hat auch in Europa eine lange Tradition. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland durch die Reichstagswahlen und der Errichtung eines totalitären Regimes kritisierten führende liberale Philosophen wie Karl Popper und Friedrich von Hayek die Demokratie und plädierten für den Vorrang des Liberalismus über die Demokratie. Sie argumentierten, dass in der Regierungsführung das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und der Bürgerrechte Vorrang vor dem Willen der Mehrheit haben sollte, wie er in der Demokratie zum Ausdruck kommt. Hitler war durch einen demokratischen Prozess an die Macht gelangt und genoss die absolute Unterstützung der Mehrheit der deutschen Gesellschaft. Sogar Österreich trat ohne militärische Einmischung und mit Zustimmung der Bevölkerung dem Dritten Reich bei. Aus demokratietheoretischer Sicht war das NS-Regime somit vollkommen legitimiert und konnte, gestützt auf diese Legitimität, die Bürgerrechte der jüdischen Bevölkerung außer Kraft setzen.

Diese Erfahrung wiederholte sich mehrfach im Nahen Osten, einschließlich im Iran. Die Schließung des Parlaments durch Mossadegh markierte den Beginn der Aufhebung der Rechtsstaatlichkeit im Namen der Demokratie. Mossadegh schaffte durch ein Referendum die Rechtsstaatlichkeit im Iran ab, während der Schah seine verfassungsmäßig gewährten Befugnisse zur Verteidigung der Verfassung nutzte. Diese Fakten bleiben in der gängigen Darstellung der Ereignisse, die zur Revolution von 1979 führten, meist unerwähnt.



Hossein Zenderoudi
Andam 1971



Dr. Nima Ghasemi

hat seine Promotion in westlicher Philosophie an der Universität Tehran abgeschlossen. In seiner Dissertation befasste er sich mit der Mythologie Ernst Cassirers und untersuchte die komplexen Wechselwirkungen zwischen Kultur und Politik. Zudem war er sechs Monate lang als Forscher am Institut für die Edition der Werke Ernst Cassirers tätig, das zur renommierten Humboldt-Universität zu Berlin gehört.

Die private Korrespondenz von Sadegh Hedayat: Ein Einblick in die zunehmende Islamisierung der 1940er Jahre

Die private Korrespondenz von Sadegh Hedayat, einer der prägendsten Schriftgestalten der iranischen Nation, erweckte in mir besonderes Interesse, da er in diesen Briefen das unverkennbare Wachstum des Islamismus in der iranischen Gesellschaft der 1940er Jahre eindrucksvoll darlegt. Diese Briefe richtete er an seinen engen Freund Shahid Nourai, der mit seiner französischen Frau und den drei Kindern in Europa lebte und sich trotz einer geachteten Position im Iran für ein Leben in Frankreich entschieden hatte.

Die Briefe beginnen sinnbildlich mit der Erwähnung des Mordes an Ahmad Kasravi durch die Islamische Fedajin und finden ihren Abschluss in der Zeit, als auch Razmara von derselben Organisation ermordet wurde – ohne jedoch explizit auf dieses Ereignis einzugehen. In den fünf Jahren zwischen diesen beiden grausamen Morden, von 1945 bis 1950, zeichnet Hedayats Korrespondenz ein eindringliches Bild des wachsenden islamistischen Einflusses – einer Entwicklung, von der wir, die junge Generation Irans, kaum etwas wissen. Beispielsweise ist es nahezu unbekannt, dass der Religionsunterricht in iranischen Schulen im Oktober 1947 zur Pflicht wurde und dies nicht nur von den Mullahs, die sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments eine starke Stellung innehatten, sondern auch durch die aktive Förderung weltlicher Regierungsbeamter vorangetrieben wurde. In einem seiner Briefe schrieb Hedayat: „... Dr. Sedigh ist zurückgekehrt, hat einen Rat aus Mullahs einberufen und vertritt die Ansicht, dass der Religionsunterricht in den Schulen vernachlässigt wurde und nun dringend kompensiert, werden müsse.“ (Brief Nr. 33, 28. September 1947).

Dies war ein hartnäckig verfolgtes Projekt, das angesichts des Todes

von Ahmad Kasravi¹, einem mutigen und progressiven Intellektuellen, sowie der zunehmenden Passivität von Taghi Zadeh, der in eine Ära der Vorsicht und des Konservatismus übergegangen war, an Dynamik gewann. So blieb kein führender Kopf der ersten konstitutionellen Revolution zurück, der an die Trennung des Zivilrechts vom Scharia-Recht erinnerte. In einem weiteren Brief aus dem Jahr 1948 berichtet Hedayat von der nächsten Phase der Islamisierung der Universitäten: „Es gibt nichts Erwähnenswertes aus unserem Exil, außer der zunehmenden Spannungen an der Universität und den Konflikten mit den Mullahs. Vermutlich haben Sie in den Zeitungen gelesen, dass ein oder zwei Mullahs im Parlament scharf gegen Dr. Siyasi vorgegangen sind, sodass dieser gezwungen war, als Bildungsminister zurückzutreten. Die Mullahs stehen in totalem Gegensatz zur Universitätsverwaltung, insbesondere zur juristischen Fakultät, die sie zu einem Zentrum für islamische Propaganda machen wollen.“ (Brief Nr. 37, 3. Mai 1948).

Dr. Siyasi², der selbst ein fortschrittlicher Reformator war, äußerte in einem separaten Schreiben an Nourai, dass sein Rücktritt und die anschließende Unterstützung des Parlamentspräsidenten die Unabhängigkeit der Universität sicherstellen würden. Doch als die Regierung von Hazhir an die Macht kam, verschob sich das Kräfteverhältnis deutlich zugunsten der religiös-konservativen Kreise. Hedayat beklagte die „Scheinheiligkeit“ derjenigen, die das ganze Jahr über in Europa „auf der Überholspur“ waren, während sie im Ramadan freiwillig religiöse Programme von ein Uhr bis fünf Uhr morgens durchführten. Die Regierung von Hazhir führte islamische Bestrafungen für öffentliches Essen und Trinken während des Ramadans ein und verbot den Verkauf alkoholischer Getränke – Maßnahmen, die für Hedayat, einen modernen Bürger, der in der tiefen Dunkelheit der Geschichte einen städtischen, modernen Lebensstil genoss, äußerst unangenehm waren: „.... dieses

Jahr haben sie es wirklich auf die Spitze getrieben. Herr Hazhir hat eine Bekanntmachung herausgegeben, die die Regeln dieses Mullah Kaschi übertrifft, ...“ (Brief Nr. 41, 11. Juli 1948).

Trotz der glühenden Empörung Sadegh Hedayats und seiner Freunde scheint es kaum ein Bewusstsein für diese historische Dimension des Islamismus in der iranischen Geschichtsschreibung zu geben. Soweit mir bekannt ist, wird der Islamismus in keinem der Werke zur zeitgenössischen politischen Geschichte Irans, die in den letzten Jahrzehnten veröffentlicht wurden, als Realität anerkannt – geschweige denn als bedeutender Einflussfaktor. Der Islamismus und seine treibende Kraft, die Mullahs, erscheinen wie eine dunkle, verborgene



Khalil Tahmasbi, Seite an Seite mit Ayatollah Kashani.

Tahmasbi gestand während der Verhöre offen, Razmara ermordet zu haben, und betrachtete seine Tat als ehrenhaft. Die Gruppe der Fedajin-e Islam übernahm ebenfalls die Verantwortung für diesen Anschlag. Trotz der Ermordung Razmaras blieb Tahmasbi am Leben und wurde nicht hingerichtet.

Eineinhalb Jahre später, unter der Regierung Mohammad Mossadeghs, brachte Shams Qanatabadi im Parlament einen Antrag ein, der Tahmasbi als nationalen Helden ehrte, weil er den "Verräter" Razmara beseitigt habe. Im November desselben Jahres wurde Tahmasbi freigelassen und zu einer Pilgerreise nach Karbala und Nadschaf geschickt. 1955 jedoch verübte er einen Anschlag auf Premierminister Hossein Ala, wurde verhaftet und gemeinsam mit Navab Safavi hingerichtet.

1 Ahmad Kasravi (1890–1946) war ein iranischer Historiker und Rechtsanwalt, der sich als Kritiker der schiitischen Orthodoxie und Verfechter von Reformen einen Namen machte. Ursprünglich zum Geistlichen ausgebildet, wandte er sich von der schiitischen Religion ab und prangerte Aberglauben und Korruption im Klerus an. In seinem Werk Shi'igari kritisierte er die schiitische Theologie und forderte einen rationalen Zugang zur Religion. Diese Ansichten brachten ihm starke Feindschaft ein, besonders von der radikalen Gruppe Fada'iyān-e Islam, die ihn 1946 im Teheraner Gerichtssaal ermordete, da sie ihn als Bedrohung für den Glauben ansah.

2 Im Kabinett von Ebrahim Hakimi war Dr. Ali Akbar Siyasi Kulturminister, bis er am 24. April 1948 zum Rücktritt gezwungen wurde. In einem Brief vom 3. Juli 1948 an Hassan Shahid Nooraei schreibt er:

„.... Die Angelegenheit war viel wichtiger, als es zunächst schien. Schon vor einigen Monaten hatte man eine große Verschwörung gegen die Unabhängigkeit der Universität vorbereitet. Es war vorgesehen, bei der Verabschiedung des Zwölftel-Gesetzes durch einen plötzlichen Vorschlag eines Abgeordneten die rechtliche und endgültige Abschaffung der Universitätsautonomie zu erreichen. Glücklicherweise war ich zu jener Zeit im Parlament anwesend. Mein heftiger Protest und mein Rücktritt vom Amt des Kulturministers mit der Begründung, dass die Universität missachtet wurde, führten dazu, dass der Vorschlag zur Aufhebung der Universitätsautonomie am nächsten Tag zurückgezogen wurde. Der Präsident des Parlaments hielt zudem eine unterstützende Rede zur Verteidigung der Universitätsunabhängigkeit. Ein Teil dieser Angelegenheit ist in den Universitätsnachrichten (Ausgaben Mai und Juni) veröffentlicht.“

Hand, die im Hintergrund der Ereignisse der 1940er Jahre wirkt. Dennoch haben die Historiker, die das Fundament des politischen Wissens der jungen iranischen Generation mitgestaltet haben, diese Hand unbeachtet gelassen – vielleicht, weil sie den Islamismus nicht ernst nahmen oder sogar nostalgisch in ihm eine Art „Selbstschutz des einfachen Volkes“ wahrnahmen, das nichts anderes tat, als sich selbst zu verteidigen. Dies ist vergleichbar mit der heutigen erstaunlichen Fähigkeit, maskierte und schwer bewaffnete Gestalten, die sogar das Büro einer Zeitschrift in Paris angreifen, als „zu uns gehörig“ zu betrachten und öffentlich zu verkünden: „Wir sind nicht Charlie Hebdo!“

Die Sensibilität für den Islamismus ist bei Sadegh Hedayat durchaus vorhanden, doch selbst in seinen politischen Analysen tritt dieser nicht als dominierender Faktor hervor. Hedayat sieht im Mord an Kasravi, der im Herzen des Justizgebäudes verübt wurde, ein symbolträchtiges Ereignis von tiefgehender politischer Bedeutung: „Es gibt in diesem Fall eine geste symbolique (symbolische Geste), die offenbart, dass im königlichen Reich niemand

seines Lebens sicher sein kann! Selbst im Innersten des Justizpalasts“ (Brief Nr. 3; März 1946). Die Bezeichnung „geste symbolique“ weist auf die tiefere symbolische Bedeutung eines solchen Aktes hin, der mehr ist als eine bloße Handlung; er verkörpert vielmehr eine bedrohliche Botschaft über die Gefährdung des Lebens selbst in den heiligsten Hallen der Macht. Für Hedayat stellt dieser Mord an einer fortschrittlichen Kraft letztlich das Versagen der Monarchie dar, die sich zwar dem politischen Vermächtnis der Verfassungstrevolution verpflichtet fühlt, jedoch nicht imstande ist, ihre Sprecher entschieden zu schützen.

Doch als im Februar 1949 ein angeblicher Journalist, ausgestattet mit einer Pressekarte der Zeitschrift „Parcham-e Islam“ (Flagge des Islams), auf den Schah schießt, erkennt Hedayat nicht an, dass das Verstecken eines Tudeh-Anhängers³ unter dem Mantel des Islam eine symbolische Bedeutung trägt. Diese Bedeutung, die von den Theoretikern des monarchischen Staates später mit dem Begriff „rote und schwarze Reaktion“⁴ prägnant

3 Die Tudeh-Partei ist eine marxistisch-leninistische Partei im Iran, die seit 1941 besteht. Ihr Name bedeutet „Partei der Massen“ oder „Partei des Volkes Irans“. Sie spielte eine bedeutende Rolle in der Opposition gegen den Schah Mohammad Reza Pahlavi und war Teil der breiten Bewegung, die 1979 zur Islamischen Revolution führte.

4 Mohammad Reza Shah Pahlavi prägte den markanten Begriff „rote und schwarze Reaktion“, um das gefährliche Bündnis zwischen Kommunisten und Islamisten zu kennzeichnen. Für ihn stellte dieser Zusammenschluss nicht nur eine unmittelbare Bedrohung für die Monarchie dar, sondern auch eine gravierende Gefahr für die Zukunft und den Fortschritt Irans. Die Farbe „Rot“ symbolisierte den Kommunismus, während „Schwarz“ für den Islamismus stand; der Schah war fest davon überzeugt, dass diese Allianz den Modernisierungs- und Entwicklungsweg des Landes nachhaltig gefährden könnte.



Die Ehefrau von Razmara, die Schwester von Sadegh Hedayat, erhielt die Nachricht von der Ermordung ihres Mannes. Razmara wurde am 7. März 1951, nur neun Monate nach der Bildung seines Kabinetts, ermordet. Khalil Tahmasbi, ein Mitglied der Gruppe Fedajin-e Islam, feuerte von hinten auf den Kopf des Premierministers.

formuliert wurde, stellt einen entscheidenden Einblick in die damalige Lage dar. In diesem kritischen Moment, als der Schah und seine Behörden mit äußerster Härte durchgreifen, verfasst Hedayat die klare Feststellung: „...Es geht mir nicht darum, die Tudeh-Anhänger zu verteidigen. Diese haben auch genug Mist gebaut, aber diese Anklageschrift gegen sie ist äußerst lächerlich und schwach. Das wichtigste Beweismittel der Regierung ist das Geständnis des Attentäters, von dem bis jetzt verschiedene Teile mit unterschiedlichen Inhalten veröffentlicht wurden und das ein Interesse an dieser Partei ausdrückt“ (Brief Nr. 57, 19. Februar 1949).

Es war nicht nur er, der die Vorstellung nicht fassen konnte, dass das alles lediglich eine gezielte Inszenierung der Regierung zur Abrechnung mit der Tudeh-Partei sei. Katouzian, ein Historiker mit Sympathien für die Islamische Revolution von 1979, schreibt, dass er erst nach dem Lesen eines einzigen Buches, Ich klage an von Keshavarz, glaubte, dass es sich tatsächlich um eine reale Verschwörung handelte. Dieser Umstand verdeutlicht auf eindrucksvolle Weise, wie die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität oft selektiv und gelegentlich naiv sein kann, besonders wenn die Quellen nicht kritisch hinterfragt werden.

Mit anderen Worten gesagt: Das Misstrauen gegenüber den islamistischen Akteuren in der Gesellschaft – sei es gegenüber dem „verfluchten Mullah Kashani“, „jenem furchterregenden Rat der Mullahs“ oder „jenen, die das Jahr über in Europa umherstreiften und dennoch in der ersten Reihe religiöser Zeremonien standen“ – war nie so stark, dass es ihn dazu bewogen hätte, stets und in jeder Situation an die Pflicht des königlichen Staates zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu erinnern. Dennoch blieb die Verantwortung für die Sicherstellung von Ordnung und Stabilität ganz klar in den Händen des monarchischen Staates.

[Doch egal, wie gravierend die Fehler der Islamisten auch waren oder welches Chaos sie verursachten, die Schuld

hierfür wurde stets dem monarchischen Staat angelastet. Auf diese Weise wurden sämtliche Verfehlungen der Islamisten systematisch auf den Staat übertragen, und zwar so, dass die eigentliche Quelle der Bedrohung verschleiert wurde. Dieses absurde Umkehren der Verantwortung schuf eine verzerrte Wahrnehmung, die nicht nur die Realität in ein falsches Licht rückte, sondern auch die Autorität des Staates grundlos untergrub.]

Vielleicht ist dies selbst eine **geste symbolique**, die aufzeigt, warum wir uns oft an die Geschichte der obligatorischen Entscheidungen erinnern, jedoch selten an das Aufzwingen der verschiedenen Elemente des Lebens. Die Einführung der Lebensweisen in der „Islamische Idealstadt -Stadt des Propheten“ (Medina al-Nabi⁵), die wir nicht als Teil zivilgesellschaftlicher Verpflichtungen wahrnehmen – wie Fische, die das Wasser, in dem sie leben, schlichtweg übersehen. Assmann erklärt weiter, dass das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft gezielt durch Machtverhältnisse und institutionelle Strukturen beeinflusst wird und dass die Lücken und Auslassungen in den Geschichtsbüchern bestimmten Regeln folgen. Sie sind keineswegs zufällig; die Machtverhältnisse bestimmen, was als bedeutend gilt und was als „berühmter Teufelsglaube“ bekannt bleibt oder gezielt vergessen wird.

Dennoch zählt Hedayat zu den wenigen Iranern, die sowohl in seiner Zeit als auch heute noch erschüttert und zutiefst betrübt waren angesichts der erdrückenden Hegemonie der islamischen Kultur, die die zivilen Gesetze verdrängte und die er treffend als „Muslimei“⁶ bezeichnete. Diese Realität hat sich mittlerweile in der globalen politischen Kultur verankert und wird heute unter dem Begriff „Islamismus“ diskutiert.

In den Augen des Schahs würde eine Symbiose aus kommunistischer und islamistischer Ideologie die iranische Gesellschaft in einen Strudel von Extremismus und Chaos ziehen und das Wachstum des Landes untergraben. Besonders in den letzten Jahren seiner Herrschaft warnte er eindringlich vor diesem verhängnisvollen Bündnis und betrachtete es als eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität und die Zukunft Irans.

5 Medina al-Nabi steht für „islamische Idealstadt“ und beschreibt eine Stadt, die nach islamischen Prinzipien organisiert ist, einschließlich Gerechtigkeit, Gemeinschaft und ethischen Werten.

6 „Muslimei“ beschreibt die umfassende Durchdringung der Gesellschaft durch islamische Werte und Normen, die aus Hedayats Sicht säkulare Gesetze und Freiheiten erstickte. Der Begriff offenbart eine besorgniserregende Verschmelzung von Politik und Religion, die die politische Gesellschaftsumsetzung islamischer Prinzipien kennzeichnet und als globales Phänomen in der Diskussion zur politischen Kultur auftaucht. Hedayat sah darin eine Bevormundung und die Entfremdung von zivilen, unabhängigen Werten.



Razieh Shahverdi

1991 in Borujerd geboren, studierte zunächst Chemieingenieurwesen an der Technischen Universität Isfahan. Aus Interesse an sozialen Wandelprozessen wechselte sie zu Kulturstudien und -soziologie, u. a. an der Universität Kashan und am Institut für Kultur- und Sozialstudien in Teheran. Beruflich arbeitete sie in Content-Produktion, Marketing und Management. Heute lebt sie in Paris und studiert Innovations- und Technologiemanagement. Seit über zehn Jahren engagiert sie sich für die Rechte iranischer Frauen, mit Schwerpunkt auf dem Widerstand gegen den Zwangshijab und Geschlechterdiskriminierung.

Frauenmord und Ehrenmord: Das Damoklesschwert über der iranischen Frau

Am 4. April 2024 wurde in Teheran eine 55-jährige Frau namens Tal'at von ihrem Ehemann Asghar getötet. Der 63-jährige Mann stellte sich nach der Tat der Polizei und gab zu, seine Frau in einen Brunnen gestoßen zu haben. Vor Gericht verzichteten seine beiden Söhne auf das Recht auf Vergeltung (Ghiass), während seine beiden Töchter die Vollstreckung des (Ghiass) forderten und auf die wiederholten physischen und verbalen Übergriffe ihres Vaters hinwiesen. Der Täter bestritt schließlich die vorsätzliche Tötung und behauptete, seine Frau sei durch einen Unfall in den Brunnen gefallen. Am 7. Oktober wurde der Täter schließlich wegen fahrlässiger Tötung zu einer Freiheitsstrafe von nur drei Jahren und zur Zahlung eines Blutgeldes (Diyeh) verurteilt.

Dieser Fall veranschaulicht die tragische Realität des Frauenmords im Iran. Männer töten ihre Frauen aus scheinbar beliebigen Gründen, und



andere männliche Familienmitglieder billigen diese Entscheidungen, ohne die Sicherheit und das Wohlergehen der weiblichen Mitglieder zu berücksichtigen. Es scheint, als müsse das Schwert des Frauenmordes stets über den Köpfen der Frauen schweben, damit sie keine Fehler begehen.

Seit Beginn des Jahres 2024 wurden im Iran 77 Fälle von Frauenmord registriert, von denen mindestens 19 explizit auf den Schutz von „Ehre und Anstand“ zurückgeführt werden können. Das bedeutet, selbst wenn man die zahlreichen nicht gemeldeten Fälle außer Acht lässt, dass im Iran monatlich mindestens elf Frauen von ihren Ehemännern, Vätern, Brüdern oder anderen Verwandten ermordet werden.

Die Namen der meisten dieser Frauen und ihrer Mörder sind uns nicht bekannt, da Staat, Polizei, Familien, die Kultur und die Religion alle ein Interesse daran haben, die Namen der Opfer von Frauenmord zu verschleiern. Einige der identifizierten Opfer sind: die 25-jährige Janeh Chopani, Arezou Hassani, die 17-jährige Mobina Zinehvand, die 55-jährige Tal'at, die 23-jährige Sajedah, Marzieh Gholampour (29), Nazanin Balouchi (17), Nermin Pirhaman, Narges Mousavi (40), Matin Tayebikhah Fomani (34), Masoumeh (32), Samereh Mokhtarpour (38), Lili Paymazd (32), Samira Kashian (25), Kobra Dalaver (50), Maria ShirMohammadi, Parinaz Shouraki, die 13-jährige Sheyda, Arezou Shirkhani, Samira Akbari (35), Ronak Tooslipour (28), Shrafnaz Khakizahi, Zoleikha PourMohammadinassab, Somayeh Abdali (43), Baran Abed (33), Shahin Goyli (32), Ayda Heydarian (31), Biyan Amiri, Rozita Erghideh (40), Neda Amiri, Saba Eini Amiri (34) und Esma Pishdar (27).

Islamische Scharia-Gesetze: Wie religiöse Vorschriften Frauenmorde begünstigen

Obwohl sich viele Täter freiwillig der Polizei stellen (weil sie wissen, dass sie keine harte Strafe erwartet) oder verhaftet werden, drohen ihnen oft nur milde Strafen. Das islamische Strafrecht der Islamischen Republik sieht Regelungen vor, die indirekt diese Art von Verbrechen erleichtern. Gemäß Artikel 630 des islamischen Strafgesetzbuches: „Wenn ein Mann seine Frau mit einem anderen Mann im Bett überrascht und sicher ist, dass die Frau einvernehmlich gehandelt hat, darf er beide töten“,

und im Falle eines erwiesenen Ehebruchs bleibt der Täter straffrei. Diese Vorschrift erlaubt es Männern, unter dem Vorwand der „Verteidigung der Ehre“ oder des „Schutzes der Keuschheit“ zu morden und straffrei auszugehen.

Darüber hinaus besagt Artikel 301 desselben Gesetzes, dass „ein Vater oder Großvater väterlicherseits nicht für die Tötung seines Kindes hingerichtet werden kann.“ In solchen Fällen bleibt die Strafe auf die Zahlung eines Blutgeldes oder eine Haftstrafe beschränkt, die deutlich milder ausfallen kann als die Todesstrafe. Diese frauenfeindlichen Gesetze fördern die fortgesetzte Gewalt und den Mord an Frauen.

Das iranische Justiz- und Kulturwesen ist so strukturiert, dass in vielen Regionen und Familien Ehrenmorde mit größerer Nachsicht behandelt werden. In der Gesellschaft wird die Gewalt gegen Frauen, die die „Ehre“ oder „Keuschheit“ der Familie verletzt haben, oft als „Verteidigung der Ehre“ gerechtfertigt, und die Gesetze verstärken diese kulturelle Sichtweise.

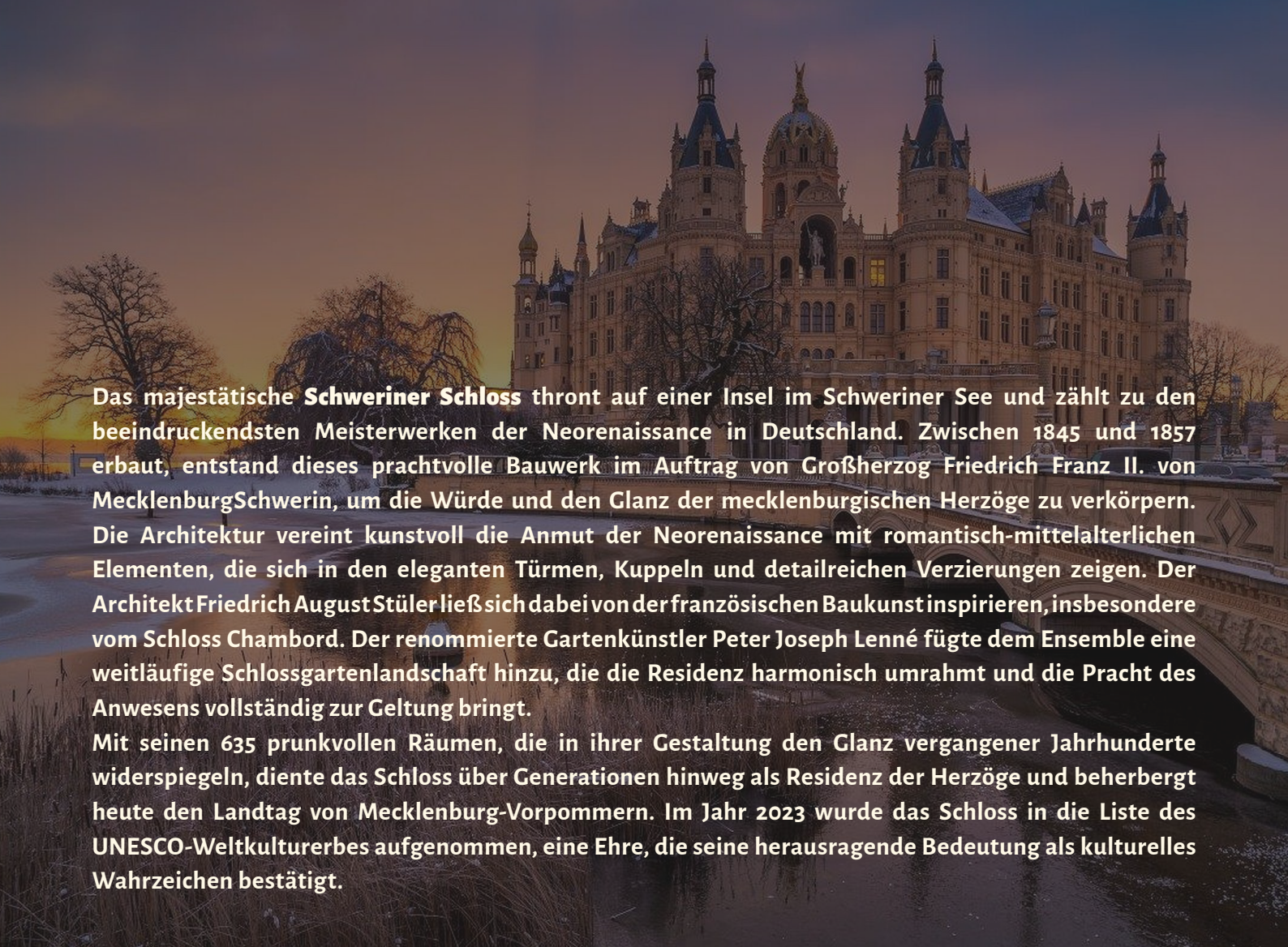
In den letzten 46 Jahren, in denen das Justizsystem des Landes zunehmend islamisiert wurde, wurden Verhaltensweisen, die unter dem Deckmantel des „Schutzes der Familie“ stehen, in Wirklichkeit jedoch der Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen dienen, gefördert. In diesen Jahren, in denen iranische Frauen an vorderster Front gegen islamische und patriarchale Gesetze und Kulturen gekämpft haben, wurde jede ihrer Bewegungen in Richtung Freiheit oder eines nicht-islamischen Lebens als Angriff auf die Ehre, Keuschheit und Familie angesehen, und das Schwert des Ehrenmordes und der Gewalt war stets bereit, sie auf die grausamste Weise zu treffen.

Die internationale Gemeinschaft darf nicht vor diesem systematischen Frauenmord und der apartheidähnlichen Unterdrückung in der Islamischen Republik schweigen. Sie darf es der Regierung, der Religion und den rückständigen kulturellen Vorstellungen nicht erlauben, die Stimme der Frauen zu ersticken und ihnen das Recht auf Leben zu nehmen.

Deutschland

An aerial photograph of Schloss Pfaueninsel (Peacock Island Castle) in Berlin, Germany. The castle, a grand Gothic Revival structure with multiple towers and spires, sits on a small island in the Havel river. A long, narrow, winding path leads from the shore to the castle, flanked by dense green trees. In the background, a large park area with manicured lawns and a small pond is visible. The surrounding landscape includes more greenery and some urban buildings in the distance.

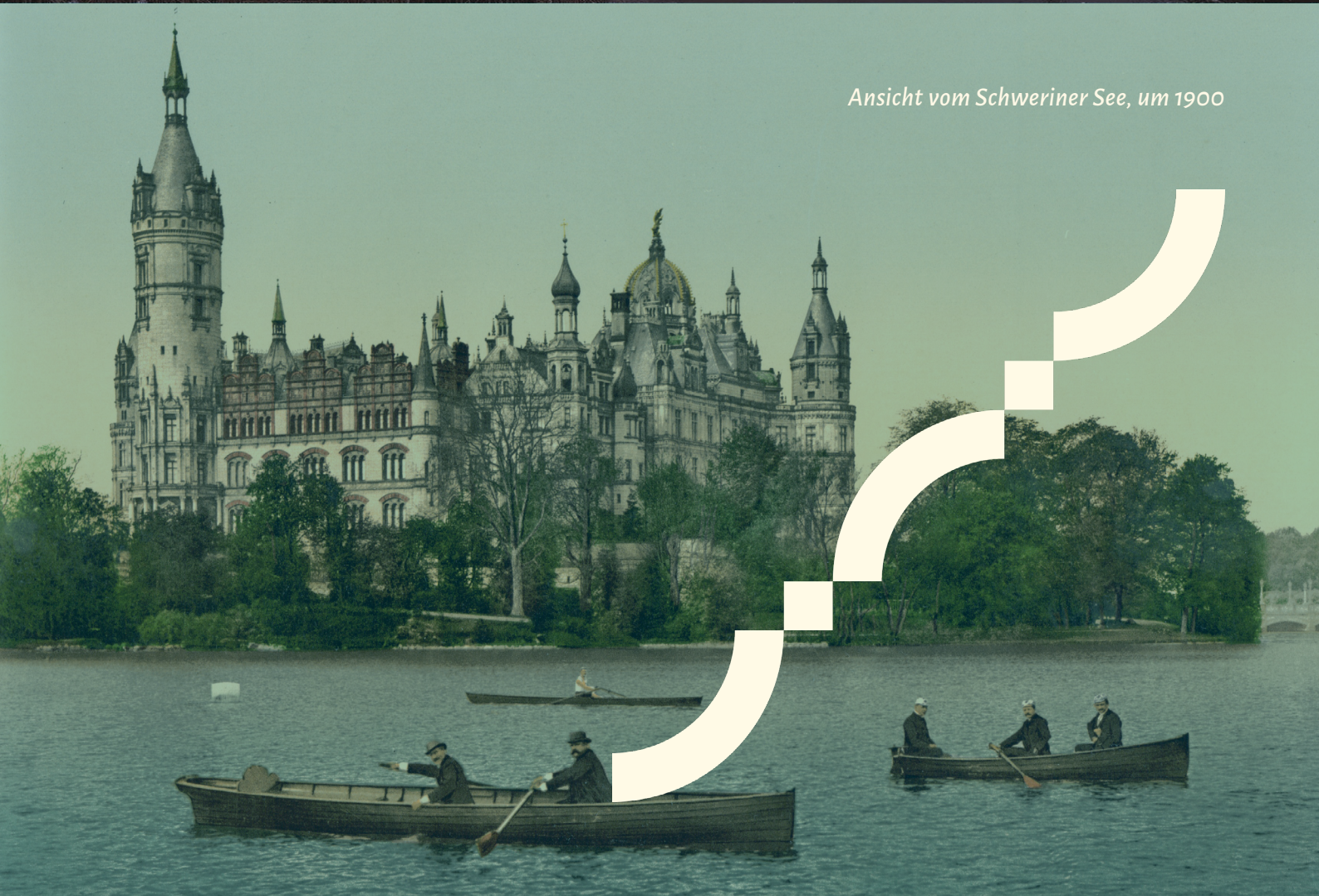
Bildquelle: ©wikipedia/Harald Hoyer



Das majestätische **Schweriner Schloss** thront auf einer Insel im Schweriner See und zählt zu den beeindruckendsten Meisterwerken der Neorenaissance in Deutschland. Zwischen 1845 und 1857 erbaut, entstand dieses prachtvolle Bauwerk im Auftrag von Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin, um die Würde und den Glanz der mecklenburgischen Herzöge zu verkörpern. Die Architektur vereint kunstvoll die Anmut der Neorenaissance mit romantisch-mittelalterlichen Elementen, die sich in den eleganten Türmen, Kuppeln und detailreichen Verzierungen zeigen. Der Architekt Friedrich August Stüler ließ sich dabei von der französischen Baukunst inspirieren, insbesondere vom Schloss Chambord. Der renommierte Gartenkünstler Peter Joseph Lenné fügte dem Ensemble eine weitläufige Schlossgartenlandschaft hinzu, die die Residenz harmonisch umrahmt und die Pracht des Anwesens vollständig zur Geltung bringt.

Mit seinen 635 prunkvollen Räumen, die in ihrer Gestaltung den Glanz vergangener Jahrhunderte widerspiegeln, diente das Schloss über Generationen hinweg als Residenz der Herzöge und beherbergt heute den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2023 wurde das Schloss in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen, eine Ehre, die seine herausragende Bedeutung als kulturelles Wahrzeichen bestätigt.

Ansicht vom Schweriner See, um 1900





Haleh Hosseini Ramandi

(1987, Teheran) schloss ihr Masterstudium an der Universität Teheran in der Fachrichtung Deutsche Übersetzungswissenschaft ab und ist neben ihrer Tätigkeit als Übersetzerin auch als Dozentin sowie als pädagogische Mitarbeiterin in einem Projekt des Europäischen Sozialfonds (ESF) aktiv. Ihre sozialen und politischen Aktivitäten begann sie 2009 und setzt sich seitdem engagiert für Menschen- und Frauenrechte ein.

Die Grenzen der Meinungsfreiheit: Wie Antisemitismus unter dem Deckmantel der Israelkritik getarnt wird

Am 7. Oktober 2024 fand in Bremen eine Gedenkveranstaltung für die Opfer der Angriffe auf Israel statt. In unmittelbarer Nähe störte eine Pro-Palästina-Demonstration die Veranstaltung mit lauten und aggressiven Parolen. Diese Aktion war nicht nur respektlos gegenüber den Opfern, sondern zielte bewusst darauf ab, das Gedenken zu stören und antisemitische Ressentiments zu verbreiten (1).

Wenn Meinungsfreiheit missbraucht wird und Hass daraus entsteht

Die Meinungsfreiheit, als unverzichtbarer Eckpfeiler jeder liberalen Demokratie, wird durch Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt (2). Doch sie findet ihre Grenzen, wenn Worte zu Waffen werden und Hass sowie Hetze säen. In diesen Momenten ist staatliches Eingreifen unabdingbar (3). Der Vorfall in Bremen führt zu entscheidenden Fragen: Wo endet legitimer Protest? Wann beginnt die Pflicht des Staates, das öffentliche Leben und die Rechte der Gemeinschaft zu wahren?

Laut dem in Deutschland geltenden Verhältnismäßigkeitsprinzip sind Einschränkungen der Meinungsfreiheit zulässig, wenn sie einem legitimen Ziel wie dem Schutz der öffentlichen Sicherheit oder der Würde anderer dienen (2). Die Provokationen in Bremen könnten als Überschreitung dieser Freiheit gelten. Wenn der Kern einer Veranstaltung darauf abzielt, antisemitische Rhetorik zu verbreiten und das Existenzrecht Israels infrage zu stellen, ist die Grenze zur Hetze bereits erreicht.

	2020	2021	2022	2023
extreme Gewalt	1	6	9	7
Angriffe	39	64	58	121
gezielte Sachbeschädigungen	170	205	205	329
Bedrohungen	104	107	87	183
verletzendes Verhalten	1.483	2.204	2.011	4.060
Massenzuschriften	160	187	246	82
gesamt	1.957	2.773	2.616	4.782

2023 verzeichnete einen alarmierenden Anstieg antisemitischer Vorfälle, insbesondere im Zusammenhang mit den Ereignissen in Israel und den palästinensischen Gebieten. Der Jahresbericht 2023 der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) spricht von einer Zunahme der Vorfälle um fast 83 % (1). Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage: Handelt der Staat entschieden genug? Sind die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen, wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), ausreichend, um Hassrede online und offline zu bekämpfen?

Die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus betont, dass der Schutz jüdischen Lebens absolute Priorität haben muss (4). Doch die Umsetzung dieser Zielsetzung in nationale Maßnahmen bleibt vielerorts hinter den Erwartungen zurück. Besonders in sozialen Medien bleiben antisemitische Inhalte oft bestehen, was nach einer schärferen Durchsetzung bestehender Regeln ruft.

Die Allianz zwischen Linksextremen und Islamisten als neue Bedrohung

Ein besorgniserregender Trend ist die wachsende Allianz zwischen Teilen der politischen Linken und islamistischen Gruppen, oft basierend auf einer gemeinsamen Ablehnung Israels. Was als vermeintlich legitime „Israelkritik“ beginnt, driftet häufig in antisemitische Rhetorik ab, die sich gegen das Existenzrecht Israels richtet. Diese Allianz verstärkt antisemitische Tendenzen, indem sie das Bild Israels verzerrt und den jüdischen Staat als Feindbild darstellt.

In diesem Zusammenhang nimmt der Antiimperialismus eine prägende Rolle ein. Wie Alexander Estis in seinem Artikel „Shoahappropriation“ eindringlich hervorhebt, wird die sogenannte Israelkritik von linken Antiimperialisten oft als ideologisches Werkzeug eingesetzt, um den Nahostkonflikt in ein perfides Narrativ der „Opferkonkurrenz“ zu verwandeln. Dabei stilisieren sie die Palästinenser als die leidtragenden Opfer der Gegenwart, während die Juden als Täterfiguren der Neuzeit verunglimpft werden (5). Estis verdeutlicht, wie sowohl islamistische Propagandisten als auch linke Antiimperialisten diese Rhetorik mit der perfiden Gleichsetzung Israels mit dem NS-Regime anheizen und unverhohlen den Vorwurf eines Holocausts an den Palästinensern erheben.

Diese absurde Verzerrung der Realität bedient sich tief verwurzelter antisemitischer Stereotype, die seit jeher in den dunkelsten Verschwörungstheorien überleben. Die so geformte Opferkonkurrenz dient nicht nur als Werkzeug politischer Manipulation, sondern auch als perfide Strategie zur Relativierung der historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust. Estis legt dar, dass diese ideologische Taktik in letzter Konsequenz darauf abzielt, die deutsche Gesellschaft von ihrem generationenübergreifendem Schuldtrauma zu „entlasten“, indem die jüdischen Opfer von einst heute als „faschistische Täter“ diffamiert werden (5). Dieses Beispiel verdeutlicht die fatale Rolle, die der Antiimperialismus bei der Legitimierung antisemitischer Weltbilder spielt, indem er Israel als repressiven Staat dämonisiert, um die politischen Ziele extremistischer Kräfte zu rechtfertigen.



Samuel Salzborn hebt hervor, dass die Grenze zwischen legitimer Israelkritik und Antisemitismus oft bewusst verwischt wird, um antisemitische Ideologien salonfähig zu machen (6). Diese Rhetorik normalisiert Antisemitismus in vielen Teilen der Gesellschaft, was langfristig die Spaltung fördert.

Es ist wichtig, eine klare Trennlinie zwischen legitimer Kritik an der israelischen Regierung und Antisemitismus zu ziehen. Jede Regierung, auch die israelische, darf und soll für ihre Politik kritisiert werden. Problematisch wird es jedoch, wenn Kritik nicht das politische Handeln betrifft, sondern das Existenzrecht Israels oder das jüdische Volk pauschal infrage stellt.

Der Soziologe und Antisemitismusforscher Marc Neugröschel beschreibt diesen Unterschied wie folgt: : Viele Menschen verbreiten unter dem Deckmantel der „Israelkritik“ antisemitische Vorurteile, indem sie Israel als „jüdischen Staat“ dämonisieren (7). Echte Kritik hinterfragt spezifische Handlungen einer Regierung, während Antisemitismus sich gegen die Identität und das Daseinsrecht eines Volkes richtet. Dieser Unterschied

wird oft übersehen, was antisemitische Ansichten gesellschaftsfähig macht.

Antisemitismus als Angriff auf Demokratie und sozialen Zusammenhalt

Antisemitismus ist nicht nur ein Angriff auf die jüdische Gemeinschaft, sondern auch auf die Demokratie und den sozialen Frieden. Ungeahndete antisemitische Vorfälle untergraben das Vertrauen in den Staat. Das Versäumnis, konsequent gegen Antisemitismus vorzugehen, fördert die Radikalisierung und gefährdet die demokratische Ordnung. Es ist Aufgabe der Zivilgesellschaft und des Staates, antisemitische Handlungen und Rhetorik entschieden zu bekämpfen.

Die Bedrohung durch Antisemitismus zeigt, dass die Meinungsfreiheit klare Grenzen haben muss, wenn sie zur Verbreitung von Hass missbraucht wird. Staat und Gesellschaft müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein, den Antisemitismus zu bekämpfen, um die Demokratie und den sozialen Frieden zu wahren. Antisemitismus – sei es von der extremen Rechten oder in Form von Antizionismus – stellt eine ernsthafte Bedrohung dar, der entschlossen entgegengetreten werden muss.

Quellen:

1. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS), Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023 – Jahresbericht.
2. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention
3. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft.
4. EU-Kommission, EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens 2021-2030.
5. Alexander Estis, Shoahppropriation, 15. Juni 2024, aus Politik und Zeitgeschichte,
6. Samuel Salzborn, Israelkritik oder Antisemitismus.
7. Marc Neugröschel, Israelkritik und Antisemitismus, 17. November 2020, Israelnetz

Bildquelle: ©wikimedia/
Jens Burkhardt-Plückhahn



Spenden Sie für "*Iran im Diskurs*"

Iran im Diskurs ist mehr als eine Zeitschrift. Sie ist ein unabhängiges Forum für tiefgründige Analysen, authentische Stimmen und differenzierte Perspektiven. Für alle, die den Iran nicht nur beobachten, sondern in seiner ganzen historischen, politischen und gesellschaftlichen Komplexität verstehen wollen.

Wir stehen für inhaltliche Unabhängigkeit, geistige Standhaftigkeit und eine klare Haltung.

Mit Ihrer Spende tragen Sie dazu bei, *Iran im Diskurs* kontinuierlich zu verfassen und zu veröffentlichen. Sie helfen, einen Raum für kritisches Denken, für Sprache mit Haltung und für Stimmen mit Tiefe zu bewahren – gerade in Zeiten, in denen differenzierte Meinungen zunehmend unter Druck geraten.

Mit Ihrer Unterstützung stehen wir stark für Wahrheit und Standhaftigkeit.



irandiskurs 

irandiskurs 

<https://irandiskurs.de> 